

Besprechungen

René König (Hrsg.) unter Mitwirkung von Günter Albrecht, Wolfgang Freund und Dieter Fröhlich: Aspekte der Entwicklungssoziologie. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 13/1969.) Köln u. Opladen 1969. Westdeutscher Verlag. 816 S.

Selbst ein flüchtiger Leser dürfte den Mangel dieses voluminösen Sammelbandes rasch erkennen: Er befaßt sich in der Tat nur mit „Aspekten“, noch dazu mit solchen einer jungen und kaum etablierten sozialwissenschaftlichen Spezialdisziplin, und es fehlt ihm eindeutig an thematischer wie auch theoretischer Konsistenz. Doch es wäre ungerecht, diesen Mangel den Autoren und Herausgebern anzulasten: Die Entwicklungssoziologie, wie auch René König in seiner Einführung betont, ist weit davon entfernt, auch nur „eine soziologische Typologie der wirtschaftlichen Unterentwicklung und ihrer Verursachung“ zu besitzen — geschweige denn eine empirisch gesicherte und zugleich den status quo transzendierende Theorie. Das Werk hat nicht den Ehrgeiz, diesem Mangel abzuhelfen, wenn auch die Zusammenfassung der insgesamt 23 Aufsätze unter solch anspruchsvollen Bezeichnungen wie „Ideologien und Realitäten“, „Probleme des sozialen Wandels“ und „Einige theoretische Probleme“ zunächst das Gegenteil vermuten läßt. Vielmehr handelt es sich, wenn man die einzelnen Beiträge selbst betrachtet, eher um Aspekte der Entwicklungsländer aus soziologischer Sicht als um Aspekte der Entwicklungssoziologie selbst. Zudem bleibt eine weitere Aufgabe dieses Faches auch in diesem Band unberücksichtigt: die systematische Untersuchung von Phänomenen des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Wandels gerade in den vergleichsweise entwickelten Ländern — von Ländern also, in denen Entwicklung bisher viel entschiedener und nachhaltiger stattgefunden hat als in den Entwicklungsländern. Nur unter dieser Voraussetzung aber dürfte der Schritt von einer Soziologie der Entwicklungsländer zur Soziologie der Entwicklung möglich sein.

Immerhin lassen sich, dieser Einwände ungeachtet, einige Züge entdecken, die die z. T. recht disparaten Themen miteinander verbinden: die von René König und einigen seiner Mitarbeiter immer wieder betonte Bedeutung der sozialpsychologischen Probleme für die Entwicklungsländerforschung sowie, dieser Grundhypothese entsprechend, die durchgängige Kritik vorwiegend oder ausschließlich politökonomischer Ansätze. Diese Auseinandersetzung, die freilich auch mit einem ernster zu nehmenden Gegner als ausgerechnet Conrad Schuhler hätte geführt werden können, findet eine Parallele in dem Beitrag von Karl Otto Hondrich über „Politische Herrschaft und wirtschaftliche Entwicklung“

mit seiner Gegenüberstellung von „Integrationstheoretikern“ und „Konflikttheoretikern“ des sozialen Wandels. Sehr aufschlußreich und vorzüglich dokumentiert ist der Aufsatz von Günter Albrecht über „Die ‚Subkultur der Armut‘ und die Entwicklungsproblematik“. Zu erwähnen sind ferner die umfangreichen Bibliographien über verschiedene Entwicklungsregionen am Schluß des Bandes; hier allerdings wurde einem Mangel, wenn auch nicht endgültig abgeholfen, so doch fürs erste wirksam begegnet.

Volker Lühr, Berlin

Gottfried Eisermann (Hrsg.): Soziologisches Lesebuch. Stuttgart 1969. Ferdinand Enke. VIII, 408 S.

Die vorliegende Sammlung von 36 Lesestücken vermittelt vornehmlich dem Studenten der Soziologie einen guten Einblick in die Ausbildung seines Faches von den Anfängen bis in die Gegenwart. Wie Eisermann eingangs bemerkt, sind wichtige Partien der richtungweisenden soziologischen Literatur „noch immer schwer erreichbar oder gar unzugänglich. Dies gilt jedoch nicht nur für Editionen, die vor 1933 herausgekommen sind, sondern auch, wenn freilich nur in begrenzterem Maße, für solche, die nach 1945 unter erschwerten Bedingungen und oft nur in beschränkter Auflage erscheinen konnten. Hinzu kommt, daß für eine Wissenschaft, die nur seit rund zweihundert Jahren als selbständige Disziplin existiert, ein sehr viel stärkeres Bedürfnis, ja die Notwendigkeit besteht, sich anhand der klassischen Autoren in die Problemgeschichte — und das heißt in diesem Fall zugleich in die Probleme — dieser Wissenschaft selbst zu vertiefen, zumal diese Probleme, eingebettet in den Fluß des sozialen Wandels, in der Folge geradezu zwangsläufig mit Hilfe wechselnder Begriffe, Methoden und Theorien immer wieder aufgeworfen zu werden pflegen“ (S. V).

Es ist angesichts des knappen Druckraumes hier nicht möglich, die in diesem Band vereinten Texte und deren Autoren auch nur aufzuzählen. Alles in allem bieten sie einen repräsentativen Querschnitt durch die Entwicklungsgeschichte der Soziologie und lassen die wesentlichen Fragestellungen, Forschungsansätze und Erkenntnisfortschritte im allgemeinen wie auf mancherlei Spezialgebieten deutlich hervortreten. Mag auch die in derartigen Textbänden getroffene Auswahl fast stets Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten geben, so liefern die von Eisermann dargebotenen Werkproben keinen Angriffspunkt, weder was die thematische Komposition noch die zu Wort kommenden Gelehrten betrifft. Bei der redaktionellen Gestaltung seines Lesebuches ließ sich der Herausgeber davon leiten, die Vorzüge der Geschichte der Soziologie mit jenen der Problemgeschichte zu verbinden, und hat diesen Leitgedanken durchweg in die Tat umgesetzt. In einem Nachwort werden die erforderlichen biographischen und werkanalytischen Aufschlüsse zu jedem der vertretenen Autoren bereitgehalten. Vermutlich hätten sich viele Leser noch ein Sachregister gewünscht.

Antonio Montaner, Mainz

Ottheim Rammstedt: Sekte und soziale Bewegung. Soziologische Analyse der Täufer in Münster. Köln u. Opladen 1966. Westdeutscher Verlag. 152 S.

Die Wiedertäufer fesseln seit langem die Forschung, wobei man an die frühe Kontroverse zwischen Ernst Troeltsch und Karl Holl erinnern kann oder an die Beachtung, welche die Täuferbewegung seit Jahren im Marxismus findet. Vor allem russische Gelehrte knüpften an die Engelssche Hypothese an, daß die täuferischen Phänomene des 16. Jahrhunderts Teil und Endphase der ersten bürgerlichen Revolution gewesen seien. Doch scheint man zunehmend zu erkennen, daß die Bewegung nicht als zusammenhängende Entwicklung vorzuführen ist, sondern daß gründliche Einzelfallstudien nötig sind. So ist z. B. B. R. Wilson („Sects and Society“, 1961) vorgegangen, so nun auch Rammstedt in seiner Analyse der Täufer in Münster. Die Unsitten, aus verständlichen Gründen einen generellen Obertitel zu wählen, hinter dem der düpierte Leser eine Einzelstudie findet, ist nicht auszurichten.

Es berührt angenehm, daß Rammstedt offenbar nicht von vorgefaßten Meinungen ausgeht, auch nicht hinsichtlich der Verursachungsfaktoren. Verschiedene Kausalketten werden in ihrer Relevanz für das dramatische Geschehen verfolgt, wobei freilich noch an eine Abrundung nach der sozial-psychologischen Seite gedacht werden könnte (zum Grundsätzlichen früh Willy Hellpach: Die geistigen Epidemien. Frankfurt/M. 1906. Sammlung Die Gesellschaft. Hrsg. v. Martin Buber). Rammstedt beginnt mit den sozialen Grundlagen, die er im wesentlichen als ökonomische erfaßt, mit dem Niedergang des „Ordo“-Gedankens des Mittelalters, mit der Herausbildung nun nicht mehr ständig gebundener Arm-Reich-Gegensätze. Münsters Stellung an der Peripherie des niederländischen Wirtschaftsraumes wird deutlich. Mit Details wird gezeigt, wie die wirtschaftliche Krise, die Ende der 20er Jahre des 16. Jahrh. kulminierte, die ökonomisch fortgeschrittensten Gebiete in Mitteleuropa besonders traf, wie es in den Städten zu Preisseigerungen bis zu 400 % kam, wobei Hungersnöte auch damals zum Geschäft wurden. Den Münsteranern erschienen Geldentwertung und Münzverschlechterung als göttliche Strafe.

Nach im wesentlichen historischen Ausführungen über das Wirken des Prädikanten Rothmann versucht Rammstedt, die „Teleologisierung der Krise“ (Hoffman, Matthys) und die „Veralltäglichung des Charismas“ (Johann von Leyden) zu fassen, wobei er einen wertvollen Exkurs über Eschatologie, Apokalypse und Chiliasmus einschaltet. Drei Schlußkapitel über den werbewirksamen „täuferischen Kommunismus“, die „Vielweiberei“ und „die soziale Struktur und die Stellung der Bürgerschaft in der Gemeinde“ runden nebst einem statistischen Anhang die Arbeit ab.

Die Ergebnisse lassen sich wohl so zusammenfassen: Politische Unsicherheit, ökonomisch-sozialer Verfall und kirchliche Mißstände erschwerten die Orientierung und bereiteten Untergangsstimmung vor.

Der Erfolg des Täufertums lag im Chiliasmus, welcher den durch die Krise ausgelösten Protest gegen die Mißstände auf eine religiöse Ebene transformierte. Nach den verfehlten Prophetien des charismatischen Führers Matthys und fortgeschrittenem Realitätsverlust begann mit der Machtübernahme des späteren „Endzeit-Königs“ Johann von Leyden eine neue Phase: Die Bewegung institutionalisierte sich, wurde zur Sekte, die Lehre dogmatisierte sich, wie Max Weber es angegeben hat. Aus einer Untersuchung der sozialen Struktur der Münsteraner Täufer erhellt, daß nicht, wie oft behauptet, die Pauperen Träger des Täufertums in Münster waren, sondern die Handwerkerschaft mit einer beachtlichen Vertretung von Honoratioren. Im Verlauf behauptet die Münsteraner Lokalgruppe die meisten und bedeutendsten Herrschaftspositionen.

Die Lesbarkeit der Schrift wird leider durch zahlreiche und umfangreiche niederdeutsche und lateinische Zitate erschwert. Eine Zeittafel wäre hilfreich gewesen. Insgesamt ist das Buch eine Bereicherung, zumal manche Ausführungen nicht nur im Rückblick auf vergangene Regime Interesse verdienen.

Martinus Emge, Bonn

Fritz Blaich: Die Reichsmonopolgesetzgebung im Zeitalter Karls V. Ihre ordnungspolitische Problematik. Stuttgart 1967. Gustav Fischer. XII, 186 S.

Die Arbeit behandelt ein Kapitel aus der Geschichte des säkularen Kampfes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, gegen Preistreibereien und -schleudereien. „Sie vergegenwärtigt“, heißt es im Geleitwort von Bog (S. VII), „die erste wirtschaftspolitische Debatte unserer Geschichte, die alle Stände und Volksschichten erregte und gezwungen hat, ihren Willen kundzutun“. 1512 tritt die Monopolfrage zum erstenmal ins Blickfeld der Reichsgesetzgebung. Die erbitterte Diskussion um diese Frage entzündet sich an dem damals ständig steigenden Preisniveau. Die Träger der Wirtschaftspolitik sehen sich dem Problem wirtschaftlicher Macht in seiner ganzen Schärfe gegenübergestellt. Blaich legt in seiner Untersuchung die Zeit Karls V. zugrunde und konzentriert sie auf den oberdeutschen Wirtschaftsraum, in dem zu jener Zeit das Schwergewicht des Reiches liegt. Die Arbeit soll klären, welche Ordnungsprinzipien der Reichsmonopolgesetzgebung zugrunde liegen und welche ordnungspolitischen Mittel bei der Umgestaltung der Wirtschaftsordnung zur Anwendung gelangen.

Blaich gliedert seine Darstellung in drei Teile. In Teil I „Gesetzentwürfe, Gutachten und Reichsabschiede zur Monopolfrage in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung“ wird auf die Geschichte der Reichsmonopolgesetzgebung und den Monopolbegriff eingegangen, der in den Verhandlungen und Abschieden des Reichstags verwendet wird; eingangs weist Blaich hier auf die Definition des Monopols in der modernen Wirtschaftstheorie hin. Ziele und Mittel der Antimonopolgesetzgebung und die gegensätzlichen Standpunkte in der Diskussion hierüber werden dargestellt. Blaich unterscheidet folgende Ziele: wirt-

schaftspolitische (u. a. Bekämpfung der Preisauftriebstenzen, Förderung des Wettbewerbs), sozialpolitische (vor allem Sicherung der Existenz der kleinen Kaufleute, Verhinderung einer einseitigen Vermögenskonzentration), finanzpolitische und von der Außenpolitik bestimmte. Da das Volk vielfach große Handelsgesellschaften mit Monopolen gleichsetzt, fordert es, wenn auch ohne Erfolg, ein völliges Verbot dieser Gesellschaften. Von den vorgeschlagenen und teilweise gesetzlich verwirklichten Mitteln erwähnt Blaich Begrenzung des Gesellschaftskapitals, Beschränkung der Zweigstellen, wertmäßige Festsetzung von Warenkontingenten, das Prinzip der Rechtsschutzverweigerung für unerlaubte Verträge (nach Röpke das wirksamste Mittel einer Antikartellpolitik, worauf Blaich auf S. 68 hinweist) und obrigkeitliche Eingriffe in die Preisbildung. Neben sachlichen waren auch Ausnahmen aus persönlichen Gründen in der Reichsmonopolgesetzgebung vorgesehen. Als Gegner der Antimonopolgesetzgebung wird vor allem der Augsburger Stadtschreiber Dr. Peutinger genannt; manche seiner in zahlreichen Schriften niedergelegten Argumente werden behandelt.

Da nach Blaich der Wert einer wirtschaftspolitischen Maßnahme nur im Rahmen eines verwirklichten Planungs- und Lenkungssystems sinnvoll beurteilt werden kann, untersucht er in Teil II die „realisierte(n) Ordnungsformen im oberdeutschen Wirtschaftsraum in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts“. Zunächst wird dargelegt, daß sich die Reichsgesetzgebung im Zeitalter der Reformation in großem Umfang mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt und sich auch gegen die Monopolstellung im Fernhandel und gegen spekulative Aufkäufe richtet. Verlauf und Wirkung der Antimonopolgesetzgebung lassen sich in der Finanzverwaltung erkennen. Weiter behandelt Blaich die realisierten Marktformen auf den regionalen und auf den lokalen Märkten sowie recht kurz realisierte Formen des Eigentums und die Unternehmungsformen.

Teil III ist der Beurteilung der Reichsmonopolgesetzgebung im Hinblick auf Ordnungs- und Lenkungsfunktionen gewidmet. „Die Darstellung der realisierten Marktformen hat gezeigt, daß sich die oberdeutschen Fernhandelskaufleute als Anbieter und als Nachfrager Machtstellungen am Markt sichern“ (S. 157).

Abschließend faßt Blaich die Ergebnisse der Untersuchungen zusammen. Die Gesetzgebung des Reiches hat für die oberdeutschen Kaufleute keineswegs nur proklamatorischen Charakter. Die ordnungspolitische Problematik der Reichsmonopolgesetzgebung zeigt sich nach Blaich (S. 172) auch darin, „daß die konkrete Wirtschaftsordnung zu wenig beachtet wird“. Die Finanzordnung des Reiches wirkt sich ebenfalls verhängnisvoll aus, da dem Reich und dem Kaiser Aufgaben aufgebürdet werden, ohne gleichzeitige Bereitstellung der hierzu erforderlichen Mittel. Positiv bewertet Blaich, daß das Interesse der Öffentlichkeit an den Problemen der wirtschaftlichen Macht durch die Monopoldiskussion geweckt wird und den Anlaß bildet, wirtschaftliche Zusammenhänge und Ordnungsprobleme zu durchdenken.

Es handelt sich um eine erfreuliche Arbeit, die dem Wirtschaftshistoriker wie auch dem Volkswirt empfohlen werden kann. Anhand von guten Quellen und einschlägiger Literatur wird nicht nur Fragen der Wirtschaftspolitik der Vergangenheit, der Antimonopolgesetzgebung des Reiches, Aufmerksamkeit geschenkt, sondern auch der heutigen wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik ein praktischer Lösungsversuch zum Monopolproblem vorgeführt. Daß dies erreicht wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Verfasser mit Erfolg das ordnungstheoretische Instrumentarium moderner Theorie verwendet. Vielleicht hätte durch Hinzuziehung des Marxschen Ansatzes auch die Sozialgeschichte bereichert werden können.

Bruno Schultz, Berlin

Lutz Köllner: Von Marx bis Erhard. Propheten und Magier der Wirtschaftspolitik. Velbert 1967. blick + bild Verlag S. Kappe K. G. 318 S.

Der unkritische Leser wird das leicht und fesselnd geschriebene Buch mit Interesse lesen, manche lesenswerten Ausführungen finden und seine Kenntnisse in dieser oder jener Hinsicht bereichern. Ganz anders reagiert der kritische Leser. Nach der Lektüre des Buches taucht bei ihm zunächst einmal unvermeidlich die Frage auf, inwieweit decken sich die Ausführungen des Buches mit seinem Titel. Der Autor bringt eine Fülle von Essays. Sie beginnen aber weder mit *Marx*, sondern mit dem Merkantilismus und den Physiokraten, noch enden sie mit *Erhard*. Doch sehen wir zu, was sich der Autor in seiner Einleitung als Aufgabe des Buches gesetzt hat. Er wünscht sein Buch als politischen Leitfaden in der Hand vieler zu sehen. Es werde zur öffentlichen Bewußtseinsbildung beitragen und damit „eine große Aufgabe erfüllen“ (S. 9). Wirklich? Geschrieben wurde das Buch zur Zeit der großen Koalition, die nach der damaligen Meinung von Köllner den Versuch unternehmen würde, die Geschichte der Sozialtheorien von Adam Smith über Karl Marx bis John Maynard Keynes auf einen Nenner zu bringen. Zweifelsohne richtig ist der Grundgedanke des Autors, daß sich wirtschaftspolitische Handlungen von heute aus Ideen, Vorstellungen, Wünschen, Ängsten und Hoffnungen früherer Generationen sozialwissenschaftlicher Gelehrter und tatkräftiger Politiker herleiten lassen. Daher bringt der Verfasser Essays nicht nur über Wissenschaftler, sondern gelegentlich auch über Politiker, wie Rathenau, Roosevelt und Peron. Die Essays sind teilweise ganz interessant, aber der Leser vermißt den roten Faden. Die drei letzten Abschnitte fallen gewissermaßen aus dem Rahmen. Der erste befaßt sich mit der Wirtschaftspolitik des Unmöglichen in den Entwicklungsländern, der zweite mit der Weltwirtschaft im Wandel und der letzte mit der Wirtschaftstheorie und der Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zu Beginn des vorletzten Abschnitts, S. 318, schreibt Köllner: „Wir sind am Ende unseres Weges durch die Geschichte der wirtschaftspolitischen Systeme und Reformen der vergangenen zwei Jahrhunderte angekommen“ (im Vor-

wort ist richtiger von 250 Jahren die Rede!). Ideen und Persönlichkeiten standen nach ihm am Rande des Weges.

Für manche Behauptung bleibt der Autor den Beweis schuldig. Daneben findet sich in der Darstellung eine größere Zahl von Fehlern, von denen nur einige angeführt werden können. *Smith* müßte vor *Malthus* gebracht werden. Wurde die Bedeutung *Lists* für den deutschen Eisenbahnbau wirklich jahrzehntelang überschätzt (S. 80)? Weist die *Marxsche Gesellschaftslehre* tatsächlich kein in sich geschlossenes System auf (S. 86)? Der Satz auf S. 284 über *Peron* und *Evita Duarte* ist nicht eindeutig. Bei der angefügten Zeittafel (S. 345-351) fragt sich der Leser, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl getroffen wurde. Die preußischen Steuerreformen unter *Miquel* (nicht Miquelle) haben 1891 und 1893 und nicht 1897 stattgefunden (S. 347). S. 345 wird der Titel des Buches von *Engels* „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ richtig angegeben, S. 187 spricht Köllner aber von „Klassen“.

Die Literaturangaben zu den einzelnen Abschnitten sind nicht nur quantitativ unterschiedlich. Für *List* wird z. B. sehr wenig, für *Marx* dagegen sehr viel Literatur angegeben. Daß es sich mehr um eine journalistische als um eine wissenschaftliche Schrift handelt, zeigt auch das Literaturverzeichnis. Vielfach fehlen die Angaben von Erscheinungsort und -jahr. Es ist doch Unsinn, anzugeben „Henry George, Fortschritt und Armut“, Jena 1920 (S. 356). Auch irrt der Autor, wenn er S. 330 behauptet, im Buch von *Recktenwald* gäbe es keine Beiträge über marxistische Nationalökonomie. Auch finden sich u. a. Fehler bei den Literaturangaben von *Malthus*, *Oncken*, *Oppenheimer*; es muß *Zimmerman* und nicht *Zimmermann* heißen. Nicht zutreffend ist ferner, daß den in den zwanziger Jahren Studierenden auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre nur die Werke von *Oncken*, *Spann* und die „Ausgewählten Lesestücke“ von *Diehl* und *Mombert* zur Verfügung standen. Am Ende des Buches finden sich ein Namen- und Sachverzeichnis sowie das Inhaltsverzeichnis; über 60 Illustrationen, darunter 29 Portraits, sind darin eingestreut.

Aufgrund der im vorstehenden angeführten Mängel ist diese Schrift wenig geeignet für Studierende, die nach seinem Titel und Umfang eine tiefergreifende Information erwarten. Bruno Schultz, Berlin

Rondo Cameron (Hrsg.): *Banking in the Early Stages of Industrialization — A Study in Comparative Economic History*. London/New York/Toronto 1967. Oxford University Press. XV, 349 S.

Der vorliegende Sammelband vereinigt sieben Beiträge, von denen jeder für ein einzelnes Land die Frage untersucht, welche Bedeutung die Entwicklung des Bankwesens für die Industrialisierung des betreffenden Landes hatte. *Rondo Cameron* verfaßte vier Aufsätze über England 1750-1844 (S. 15-59), Schottland 1750-1845 (S. 60-99), Frankreich 1800-1870 (S. 100-128) und Belgien 1800-1875 (S. 129 bis 150). Richard *Tilly* behandelte für Deutschland die Periode 1815

bis 1870 (S. 151 - 182) und Olga Crisp die Situation in Rußland zwischen 1860 - 1914 (S. 183 - 238). Abschließend analysiert Hugh T. Patrick die Entwicklung in Japan in den Jahren 1868 - 1914 (S. 239 bis 289).

Ein ausführliches Eingehen auf die einzelnen Beiträge erübrigt sich, da die Aufsätze im wesentlichen Zusammenfassungen von Monographien sind, die die Autoren dieses Buches zu ihren Themen bereits vorher veröffentlichten. Ziel des vorliegenden Sammelbandes konnte und sollte es also nicht sein, grundlegend neue Ergebnisse zu präsentieren, sondern an sich schon bekannte, aber auf einzelne Länder begrenzte Thesen zu vergleichen und aus diesem Vergleich eventuell neue Erkenntnisse zu gewinnen. Dieser an sich interessanten Aufgabenstellung stehen indes zwei Hindernisse entgegen: Zum einen hat jeder Autor für sich allein gearbeitet, ohne irgendwelche Verbindungen zu den anderen Beiträgen herzustellen. Zum anderen machen unterschiedliche methodische und sachliche Ansatzpunkte die einzelnen Aufsätze nur schwer vergleichbar.

Ein Grund dafür mag die sehr verschiedenartige Quellen- und Literaturbasis (die von den Autoren noch dazu in recht unterschiedlichem Maße berücksichtigt wurde) gewesen sein. Daraus hat sich ergeben, daß einzelne Beiträge einen analytischen Ansatz verfolgen, andere dagegen mehr institutionelle Aspekte in den Vordergrund stellen oder deskriptiv gehalten sind. Wie schwer unter diesen Umständen es auch für den Leser ist, den eigentlich mit diesem Buch beabsichtigten internationalen Vergleich zu ziehen, zeigt nicht zuletzt der abschließende Beitrag von Cameron (S. 290 - 321), der auch eher ein zusätzliches persönliches Statement mit ergänzendem Zahlenmaterial darstellt, statt die — übrigens nicht unumstrittenen (z. B. hinsichtlich Frankreich) — Ergebnisse der anderen Aufsätze zusammenzufassen. So wird dieser Sammelband demjenigen nützlich und hilfreich sein, der sich einen raschen Überblick über die Entwicklung des Bankwesens in den einzelnen Ländern und den möglichen Einfluß dieser Entwicklung auf den jeweiligen Industrialisierungsprozeß verschaffen will. Der angestrebte Vergleich struktureller Merkmale bleibt dagegen weiter eine Aufgabe der Forschung.

Reinhard Hildebrandt, Berlin

Klaus Schwarz: Kompanien, Kirchspiele und Konvent in Bremen 1605 - 1814. Bremen 1969. Carl Schünemann. 125 S.

Auf Grund intensiver Studien verschiedener Quellengattungen untersucht Schwarz die vielfältigen — die „topographischen, rechtlichen, personellen und sozialen“ — Beziehungen, die zwischen den im Titel seines Buches genannten Einrichtungen der Verwaltung und Verfassung der Hansestadt bestanden. Da bereits einiges über die beiden älteren Institutionen veröffentlicht wurde, über die Kirchspiele und den Konvent, die Vertretung der Bürgerschaft gegenüber dem Rate, stehen hier im Mittelpunkt des Interesses die Bürgerkompanien. Diese sind 1605 während politisch besonders unruhiger Jahre eingerichtet

worden (Hamburg und Lübeck folgten 1619 bzw. 1628); während des ausgehenden 18. Jahrhunderts büßten sie ihre Bedeutung allmählich ein, und schließlich wurden sie 1814 aufgelöst. Ihre Aufgaben lagen anfangs nur auf militärischem Gebiete, sie erhielten aber bald weitere der kommunalen Verwaltung übertragen, u. a. im Feuerlösch-, Brunnen- sowie Armenwesen. Die namentlich für die Lokalgeschichte auch mit ihren Verzeichnissen der Bürgerleutnante und der Gassen sowie Gebäude wertvolle Arbeit stellt in Sonderabschnitten außerdem noch die Entwicklung der insgesamt sechs Kompanien dar und verdeutlicht durch zehn Karten u. a. die Bezirke der Kompanien, der Kirchspiele, der Gassenreinigung und der Wohnsitze der Mitglieder des Konvents.

Eberhard Schmieder, Berlin

Wilhelm Abel (Hrsg.): Wüstungen in Deutschland. Ein Sammelbericht. Frankfurt/Main 1967. DLG-Verlag. IV, 101 S.

Historiker, Geographen und Archäologen nehmen in diesem Sammelband zum nach wie vor aktuellen Thema „Wüstungen“ in Deutschland Stellung. Dabei zeigt sich erneut, wie sehr der wenn auch begrenzte Rahmen der Regional- und Lokalforschung geeignet ist, die vielschichtige Problematik der spätmittelalterlichen Wüstungsphase aus punktueller Sicht zu erhellen. Zum Abdruck gelangen acht Aufsätze, bei denen es sich teilweise um die erweiterte Fassung von Referaten handelt, die 1965 auf dem Internationalen Wirtschaftshistoriker-Kongreß in München gehalten wurden. Grundsätzliche Bedeutung kommt vor allem den Beiträgen von *Wilhelm Abel* (Göttingen) und *Helmut Jäger* (Würzburg) zu. Abel gibt einen schon wegen seiner informativen Kürze beachtenswerten zusammenfassenden Abriß über Begriff, Wesen, Erscheinungsform und Problem der spätmittelalterlichen Wüstungen und hebt den leider häufig übersehenen ökonomischen Hintergrund gebührend hervor. Jäger widmet seinen Beitrag der Grundfrage, warum die spätmittelalterlichen Wüstungen im westlichen Deutschland seltener wiederaufgebaut wurden als in den europäischen Nachbarländern. Die relevanten Hauptfaktoren sieht er in den „verschiedenen rechtlichen und territorialpolitischen Bedingungen“. Im Endergebnis bedingten sie „eine unökonomische Agrarstruktur“.

Seine älteren Untersuchungen über das wüstungsreiche württembergische Keuperbergland vertieft *Wolf-Dieter Sick* (Freiburg) und geht vor allem der Frage der Formung der Wüstungsfluren nach, ihrer streifenförmigen Gliederung als Wölb- und Hochäcker. Über Probleme, Ausmaß und Folgen des spätmittelalterlichen Wüstungsprozesses berichten sodann aus regionaler Sicht *Horst-R. Marten* (Göttingen) für das niedersächsische Bergland, *Walter Janssen* (Siegburg), der die archäologischen Ausgrabungsbefunde von Königshagen (bei Osterode) schildert, für das südwestliche Harzrandgebiet, *Wolfgang Prange* (Schleswig) für Ostholstein, Lauenburg und Nordwest-Mecklenburg und *Waldemar Reinhardt* für die ostfriesischen Marschen. *Wilhelm Koppe* (Preetz) analysiert in vergleichender Betrachtung anhand von

Steuerlisten den Wandel der Sozial- und Besitzstruktur von drei Dörfern des holsteinischen Klosters Preetz während des 15./16. Jahrhunderts.

Insgesamt wird der deutschen Wüstungsforschung ein Band an die Hand gegeben, der, trotz Lücken, eine willkommene und anregende Bereicherung der bereits vielzähligen deutschen wüstungskundlichen Literatur darstellt.

Willi A. Boeldke, Echterdingen

Erich Preiser: Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. Probleme und Gestalten. München 1970. C. H. Beck. 260 S.

Am 29. August 1970 wäre Erich Preiser siebzig Jahre alt geworden. Zu diesem Anlaß hat sein Sohn Gert Preiser den beiden Sammelwerken „Nationalökonomie heute“ und „Wirtschaftspolitik heute“ (vgl. Schm. Jb. 89. Jg., S. 229 f.) einen weiteren Band folgen lassen, der — wie das Vorwort besagt — deutlich machen soll, welchen wissenschaftlichen Weg Erich Preiser genommen hat und welche Wandlungen die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erfahren haben. Hierzu hat der Editor zwanzig Publikationen Preisers aus den Jahren 1924 bis 1966 ausgewählt und für diesen Nachdruck geringfügig gekürzt oder verändert sowie mit bibliographischen Ergänzungen versehen.

Der Inhalt des Buches ist in drei Abschnitte gegliedert. Der erste umschließt unter dem Titel „Der Kapitalismus und seine Krisen“ sechs Abhandlungen, die von der Imperialismusdebatte über die Marx-sche Entwicklungs- und Krisentheorie und eine Zwischenbilanz der Konjunkturforschung und -politik bis zur nichtmonetären Überinve-stitionstheorie (an Hand einer Rezession von Gottfried Haberlers „Prosperität und Depression“) reichen. Im zweiten Teil — „Vom We-sen und von den Methoden der Wirtschaftswissenschaft“ — finden sich sieben Arbeiten, die (zumeist in der Form kritischer Literatur-berichte, so über Wilhelm Rieger, Erik Lindahl, Erich Schneider, Friedrich A. Lutz und Lawrence R. Klein) das Erkenntnisobjekt der Privatwirtschaftslehre und neuere Entwicklungstendenzen und For-schungsergebnisse der Wirtschaftstheorie zum Gegenstand haben. Der dritte Teil enthält neben der Festrede Preisers zum achtzigsten Ge-burtstag Alfred Webers Nachrufe zum Gedächtnis Franz Oppenhei-mers, Adolf Webers, Alfred Amonns, Carl Brinkmanns und Walter Euckens und seine Antrittsrede vor der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (1954).

Mit diesen drei mustergültig besorgten Bänden verfügen wir nun in leichtzugänglicher Weise über einen Großteil von Preisers Werkzeug-nissen, soweit diese nicht in Buchveröffentlichungen Gestalt annahmen. Vieles darin, was bereits vor Jahrzehnten an Einsichten und Bekennt-nissen niedergelegt wurde, erscheint auch und gerade heutentags noch unvermindert aktuell.

Antonio Montaner, Mainz

Wolfgang Förster und Detlef Lorenz (Hrsg.): Beiträge zur Theorie und Praxis von Wirtschaftssystemen. Festgabe für Karl C. Thalheim zum 70. Geburtstag. Berlin 1970. Duncker & Humblot. VIII, 401 S.

Diese Festschrift vereinigt zwanzig Beiträge aus der Feder ehemaliger Mitarbeiter Karl Thalheims. Die Themen sind etwas enger umgrenzt, als der Titel der Festschrift vermuten lässt. Das Schwergewicht liegt auf der Diskussion systemtheoretischer Fragen der Planwirtschaft und hierbei wiederum auf handels- und marktpolitischen Themen, die vor allem durch die Wirtschaftsreformen der sozialistischen Länder ange regt worden sind. Dem ersten Aufsatz des Bandes, einer Betrachtung über verschiedene dynamische Probleme des Marxschen Systems (Rudolf Becker), liegt eine relativ breite Thematik zugrunde. Michael von Berg, Heinrich Machowski und Karlheinz Nattland behandeln verschiedene Aspekte der außenwirtschaftlichen Beziehungen der sozialistischen Länder. Zu diesem Themenkreis zählt auch Detlef Lorenz' Untersuchung über den nicht-äquivalenten Austausch und die internationale Einkommensverteilung. Die Bedeutung der Marktbeziehungen im Planwirtschaftssystem wird von Kurt Erdmann, Maria Haendcke-Hoppe, Friedrich Haffner, Peter Knirsch und Joachim Schreiber exemplarisch behandelt. Der systemvergleichende Aspekt tritt besonders deutlich in den Aufsätzen von Wolfgang Förster, Werner Gebhard, Hans-Hermann Höhmann, Gertraud Seidenstecher, Gert Leptin und Johannes F. Tisma hervor. Die übrigen Arbeiten gelten recht heterogenen Themen, so der jugoslawischen Unternehmung in der Wirtschaftsreform (Gudrun Lemân), Polens Problem der starken Nachkriegsjahrgänge (Hansjoachim von Koerber), der Chemiewirtschaft der UdSSR nach 1958 (Ernst Liening), der sowjetischen Landwirtschaft (Marie-Elisabeth Ruban) und der tschechoslowakischen Preisdiskussion nach 1956 (Wolf von Wedel Parlow). Nur ein Beitrag (Erich Klinkmüller: Über die Konsumentenkaufkraft der Mark und des Dollar) fällt etwas aus der thematischen Orientierung des Bandes.

Sieht man die in dieser Festschrift zusammengestellten Arbeiten als repräsentativ für eine der wichtigsten westdeutschen „Schulen“ der ökonomischen Ostforschung an, so fällt die Bevorzugung der anschaulichen Theorie auf, was sich nicht nur in der Themenbehandlung, sondern auch in der Themenauswahl erweist. Damit dürfte auch zu erklären sein, warum keine Arbeit auf die neuere Entwicklung der Planwirtschaftstheorie eingeht, die mit Namen wie Kantorowitsch, Nemt schinow, Dadajan u. a. verbunden ist.

Karl Georg Zinn, Aachen

Berndt Lehbert: Bedeutung und Auswertung regionaler Input-Output-Tabellen — Mit Input-Output-Tabellen der Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein für 1962 und 1966. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 96 S.

Erneut legt Lehbert ein Werk vor, das sich mit der sektoralen und regionalen Verflechtung des Landes Schleswig-Holstein befaßt. Diese

Studie hat neben einer Aktualisierung der Lehbertschen Arbeit von 1967 (Die interindustrielle und interregionale Verflechtung der Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein. Versuch der Erstellung einer Input-Output-Tabelle für ein einzelnes Bundesland. Kieler Studien, 81) „vor allem eine Vertiefung der Erkenntnis der regionalwirtschaftlichen Bedeutung einer regionalen Input-Output-Tabelle zum Ziel“ (S. 1). „Das Hauptinteresse der vorliegenden Studie liegt (somit) nicht in der Aufstellung regionaler Input-Output-Tabellen, auch wenn diese den Hauptarbeitsaufwand erforderten, sondern in ihrer Interpretation und Auswertung als regionalwirtschaftlichem Instrument“ (S. 7). Lehbert beschäftigt sich dabei insbesondere mit entsprechenden neueren Arbeiten für das deutsche Sprachgebiet und nimmt die Gelegenheit wahr, einzelne Ansätze zur Auswertung einer regionalen Input-Output-Tabelle erneut zu durchdenken und z. T. weiterzuführen.

Als Materialbasis verwendet Lehbert einen überarbeiteten Input-Output-Tabellensatz für 1962 und einen neuerstellten Tabellensatz für 1966 für die Wirtschaft des Landes Schleswig-Holstein. Die Verflechtungsmatrix enthält 21 Sektoren. Primärinput und Endnachfrage umfassen je acht Sektoren, darunter drei Import- bzw. Exportsektoren: Hamburg, übriges Bundesgebiet und Ausland. Der augenblickliche Stand der Regionalstatistik sowie ein begrenzt möglicher Aufwand veranlaßten Lehbert, auch diesmal bei der Tabellenerstellung so vorzugehen, daß „statistisch möglichst abgesicherte Globalgrößen — die Randdaten der Tabelle — mit Hilfe von Struktur- und Quotenrechnungen aufgeteilt werden“ (S. 5). Als Hauptquellen werden die gemeinsamen Bruttoinlandsproduktrechnungen der Statistischen Landesämter sowie eine Befragung ausgewählter Industriebetriebe Schleswig-Holsteins und als Nebenquellen nationale Input-Output-Tabellen sowie die Kostenstrukturerhebungen des Statistischen Bundesamts und die Ergebnisse des Industriezensus und der Handwerkszählung genannt. Lehbert beschäftigt sich zunächst mit den Besonderheiten regionaler Input-Output-Tabellen und beschreibt je nach der Art der Importerfassung — eine für regionale Input-Output-Untersuchungen zentrale Frage — drei verschiedene Tabellenschemata und Modelltypen. Entsprechend verschiedene Begriffe von Endnachfrage und Inputkoeffizienten werden hierbei verbal und formelmäßig präzisiert und anhand des neuerarbeiteten Zahlenmaterials für Schleswig-Holstein illustriert. Eine abschließende Wertung zugunsten des einen oder anderen Modelltyps nimmt Lehbert nicht vor. Die Möglichkeit ökonomischer Interpretation und die Vorausschätzbarkeit von Endnachfrage und Inputkoeffizienten erweisen sich teilweise als inkompatibel, so daß unter Prognoseaspekten letztlich die — noch zu gewinnende — Erfahrung eine pragmatische Entscheidung ermöglicht, je nachdem, „welche der drei Koeffizientarten (Produktionskoeffizienten, Inputkoeffizienten der gesamten verfügbaren Produktion, regionale Verflechtungskoeffizienten) die größte zeitliche Konstanz aufweist“ (S. 23).

Unter Diagnoseaspekten ergibt sich jedoch eine Präferenz zugunsten von Tabellen, die in der Verflechtungsmatrix nur die Produktion der Untersuchungsregion enthalten und in denen die Importe als echter Primärinput verbucht sind. Dies bestätigen auch die Verflechtungsanalysen Lehberts (S. 57 ff.). Da Lehburt nunmehr für Schleswig-Holstein Input-Output-Tabellen für zwei verschiedene Jahre (1962 und 1966) erstellt hat, steht am Beginn der Tabellenauswertung verständlicherweise ein Vergleich der Tabellen. In Anbetracht des — notgedrungen approximativen Charakters des Zahlenmaterials sieht sich Lehburt veranlaßt, diesen Vergleich sinnvoll zu beschränken (z. B. wäre ein Vergleich von Produktionskoeffizienten mit erheblichen Unsicherheiten behaftet und ohne zusätzliche Information kaum sinnvoll — vgl. auch S. 83 f.) und unter Vorbehalt zu stellen. Insbesondere wird die regionale Verflechtung der Wirtschaft Schleswig-Holsteins, d. h. die regionale Herkunftsstruktur des Inputs und die Struktur des regionalen Verbleibs des Outputs für die Jahre 1962 und 1966 dargestellt — eine Analyse, die in der Regel in dieser Detaillierung für nationale Teileräume der BRD infolge Datenmangels nicht möglich ist.

In einem weiteren Kapitel wendet sich Lehburt einigen Ansätzen von Verflechtungsanalysen zu, die im Rahmen regionaler Input-Output-Studien bisher verfolgt wurden: die Bestimmung des sog. „Mitzieh-Effekts“ eines Sektors anhand einer inversen Leontief-Matrix, die Ermittlung einer Hierarchie regionaler Sektoren mittels Triangulation einer Verflechtungsmatrix sowie die Bestimmung „strategischer Sektoren“ durch fiktive Produktionseinstellungen auf der Grundlage inverser Leontief-Matrizen. Diese Ansätze „stehen im Zusammenhang mit dem regionalwirtschaftlich interessanten Problem der aktiven Strukturpolitik und der daraus resultierenden Frage nach dem Kriterium für die Förderungswürdigkeit eines regionalen Sektors“ (S. 57). Da unter diesen Aspekten der potentielle Beitrag von Verflechtungsanalysen noch nicht ausgeschöpft scheint — in der Regel steht die prognostische Verwendung eines Input-Output-Modells im Vordergrund der Überlegungen —, verdienen die Darlegungen Lehberts besonderes Interesse. Was Interpretation bzw. Kompatibilität der ermittelten Sektorrangfolgen anbelangt, so sind noch nicht alle Fragen geklärt. Die klaren und präzisen Ausführungen Lehberts dürften jedoch eine gute Grundlage für weitere Forschungen auf diesem wichtigen Gebiet abgeben.

Abschließend behandelt Lehburt die prognostische Verwendung regionaler Input-Output-Tabellen (S. 72 ff.). Angesichts der zum Teil erheblichen Probleme und Unsicherheiten insbesondere auf regionaler Ebene steht auch Lehburt der Anwendung eines Input-Output-Modells als langfristiges Prognosemodell skeptisch gegenüber. „Trotzdem kann das Input-Output-Prognosemodell, sowohl das nationale als auch das regionale, wertvolle Dienste leisten, wenn es in sinnvoller Beschränkung angewandt wird.“ (S. 74). Als „sinnvolle Beschränkung“ betrachtet Lehburt sogenannte *ceteris-paribus-Prognosetests*, bei denen jeweils

nur in einem einzigen Sektor des Endnachfragevektors eine bestimmte Änderung vorgenommen wird (S. 74 ff.). Das Problem der Vorausschätzung der gesamten Endnachfragestruktur wird somit zwar umgangen, jedoch kann dann (nur) „Sektor für Sektor die Reagibilität der Wirtschaft auf bestimmte, beabsichtigte oder unbeabsichtigte Änderungen in der Endnachfrage getestet werden“ (S. 74). Als eine weitere Möglichkeit der prognostischen Verwendung regionaler Input-Output-Tabellen beschreibt Lehbertz deren marktanalytische Auswertung durch eine einzelne Firma. Voraussetzung hierfür ist, „daß sich die einzelne Firma als eine separate Zeile in eine verfügbare Input-Output-Tabelle hineinrechnet“ (S. 81). In dem Maße wie die regionale Input-Output-Rechnung quantitativ und qualitativ verbessert wird, kann auch erwartet werden, daß einzelne Unternehmer auch diese Möglichkeit zur Beurteilung ihrer Marktchancen verstärkt nutzen.

Sowohl der theoretisch als auch der an empirischen Ergebnissen Interessierte wird die Studie Lehberts mit Gewinn lesen. Theoretisch interessante Fragestellungen, klare Diktion, aktuelle empirische Input-Output-Daten für Schleswig-Holstein, eingebettet in eine detaillierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, machen diese Studie zumindest für jene empfehlenswert, die sich mit Input-Output-Rechnung national und regional und mit Regionalforschung befassen.

Günter Strassert, Saarbrücken

Waldemar Wittmann: Produktionstheorie. Berlin-Heidelberg-New York 1968. Springer-Verlag. 177 S.

Wittmanns „Produktionstheorie“ ist eine systematische, knappe Darstellung, die in ihrer Übersichtlichkeit vorbildhaft zu nennen ist und schnell zu einem Standardwerk werden wird. Vorausgesetzt werden erhebliche mathematische Kenntnisse, vor allem der sogenannten neuen oder modernen, auf der Mengenlehre aufbauenden Mathematik. Dagegen werden keinerlei Kenntnisse oder Erfahrungen aus der Produktion selbst erwartet.

Das Dilemma der herrschenden Produktionstheorie (und ihrer Lehre) macht sich auch im Buch von Wittmann bemerkbar: auf der einen Seite das Gebäude der fiktiven mathematisierten Produktionsmodelle, auf der anderen der Koloß der tatsächlichen Produktion. Diese Produktionswirklichkeit wird zwar von Wittmann in einem Anhang von 13 Seiten („Ausblick auf empirische Probleme“) wenn auch stiefmütterlich, so doch den tatsächlichen Produktionsverhältnissen Rechnung tragend vorsichtig angegangen, aber ein Brückenschlag zwischen beiden Bereichen wird gar nicht erst versucht oder bleibt, wie im Hauptteil, im Modellhaften stecken. Wittmann weiß von diesem Dilemma, auch wenn er das Problem in den kleingedruckten Anhang verwiesen hat; man sollte ihn dennoch sorgfältig lesen.

Trotz aller Vorzüge, die dieses Werk besitzt, ändert sich an der Quintessenz der heute herrschenden Produktionstheorie nichts: Auch

wer dieses Buch studiert hat, wird hinterher nicht einen einzigen Nagel produzieren, geschweige denn eine moderne Produktion leiten (nicht treiben lassen) können, wozu selbstverständlich auch theoretische, allerdings nicht prozeßferne Kenntnisse unerlässlich sind.

Hans-Eberhard Heyke, Eßlingen

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung: Die Verbreitung neuer Technologien, eine Studie über zehn Verfahren in neun Industriezweigen. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 110 S.

Diese Studie befaßt sich mit der empirischen Untersuchung der Einführung bestimmter technischer Fortschritte innerhalb sechs europäischer Volkswirtschaften, und zwar BR Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Schweden. Dabei soll als Hauptfrage beantwortet werden, warum die Diffusionsgeschwindigkeiten und die Diffusionsgrade von Innovationen für die einzelnen Länder unterschiedliche Werte aufweisen. — Somit liegt als Konzeption dieser Untersuchung zugrunde, die Sequenz zwischen „Innovation“ und „Erst-“ und weiterer „Imitation“ zeitlich zu bestimmen und diesen Vorgang historisch, technisch-wirtschaftlich verstehend zu erklären.

Die Bestimmungsgründe für die unterschiedliche Ausbreitungs geschwindigkeit neuer Techniken (neuer Produktionsverfahren) werden an Hand von zehn Beispielen in neun verschiedenen Industriebranchen herausgearbeitet. Es handelt sich dabei um „Oxygenverfahren und Stranggießen (Stahlerzeugung), Spezialpressen (Papierindustrie), numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen (Metallbearbeitung), schützenlose Webmaschinen (Baumwollweberei), Floatglasprozeß (Glaserzeugung), Tunnelöfen (Ziegelindustrie), moderne Verfahren des Anreißens und Schneidens von Stahlblech (Schiffbau), automatische Transferstraßen im Motorenbau (Fahrzeugbau) und Gibberellinsäure (Mälzerei).“

Verständlicherweise ist es hier nicht möglich, auf jedes der angeführten Beispiele einzugehen. Schon das erste, die Einführung und Weiterverbreitung des Oxygenstahl-Erzeugungsverfahrens, kann als besonders interessantes und zahlenmäßig gut dokumentiertes Beispiel für den historischen Verlauf der Ausbreitung eines neuen Produktionsverfahrens erwähnt werden. Erfolgte die Innovation in Österreich (Vöst in Linz-Donawitz) im Jahre 1952, so folgten die Erst-Imitationen in andern Stahlerzeugungsländern nur langsam. Nach 1960 aber fand dieses Verfahren eine rasche Ausbreitung, so daß die Anteile der Oxygenstahlerzeugung an der gesamten Stahlerzeugung im Jahre 1967 in der Regel über 25 % und mehr beträgt (67 % in Österreich als Innovationsland).

Es muß aber bemerkt werden, daß trotz der Wirtschaftlichkeit des neuen Verfahrens (niedrigere Betriebskosten), trotz niedrigerer Investitionskosten, die Ausbreitung (Diffusion) verzögert wurde, weil ein Bestand an umfangreichen, verhältnismäßig neuen Stahlkapazitäten

der übrigen Verfahren (Thomas-, Siemens-Martin-, Elektro-Öfen) vorhanden war.

Als gemeinsame Gesichtspunkte für die Einführung und Ausbreitung neuer Produktionsverfahren werden drei als bedeutend bezeichnet: „die Rentabilität des neuen Verfahrens, die Einstellung des Managements gegenüber technischen Neuerungen und die Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung“.

Dazu kommen noch andere Kriterien wie die Größe des einheimischen und Export-Marktes, die Unternehmungsgröße in Beziehung zur minimalen wirtschaftlichen Ausbringungsmenge. Zwar ist der Faktor Unternehmungsgröße mit aller Vorsicht zu deuten. So erbrachte die vorliegende Untersuchung „keinen eindeutigen Beweis dafür, daß große Unternehmen führend in der Innovation und Einführung neuer Techniken sind“.

Die Beziehung zwischen Diffusionsgeschwindigkeit (nach Jahren zwischen Innovation und Erst-Imitation je Land) und dem Diffusionsgrad (der Verbreitung nach dem prozentualen Produktionsanteil, der auf das neue Verfahren entfällt) zeigt in den meisten Fällen einen vorwiegend negativen Zusammenhang. Grund dafür: „Die Pionierländer haben meistens langsamere Diffusionsgeschwindigkeiten.“ Die erstmalige Einführung neuer Verfahren bringt zahlreiche menschliche, organisatorische und technische Schwierigkeiten mit sich.

Die Träger dieser Forschungsarbeit, sechs wissenschaftliche Forschungsinstitute in den genannten sechs Ländern, haben mit diesem Zwischenbericht des Projekts über die Ausbreitung neuer Technologien eine sehr verdienstvolle Arbeit geleistet. Federführend war das „National Institute of Economic and Social Research“, London. Des weiteren waren daran beteiligt: „Bureau d'Information et de Prévisions économiques“, Paris; „Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung“, Wien; „Industriens Utredningsinstitut“, Stockholm und „IFO-Institut für Wirtschaftsforschung“, München.

Jenseits der ökonometrischen Messung des technischen Fortschritts als Restgröße und der Faktoreffizienzrate bedürfen wir besonders mit induktiven Methoden durchgeföhrter Studien, um das Problem des technischen Fortschritts in der Wirtschaft sozialwissenschaftlich zu erfassen. Gespannt warten wir daher auf das Erscheinen der vertieften, umfangreicheren Hauptstudie.

Florian H. Fleck. Fribourg

Maurice Dobb: Der Lohn. (Deutsch von Erwin Weissel.) Frankfurt/M. u. Wien 1970. Europäische Verlagsanstalt und Europa Verlag. 192 S.

Diese Übersetzung basiert auf der vierten, 1955 erschienenen Auflage von Dobbs „Wages“, einem einführenden Lehrbuch, das im angelsächsischen Bereich weite Verbreitung gefunden hat. Dobb gibt eine anschauliche Darstellung des Lohnproblems, beschränkt sich jedoch auf die Grundzüge. Spezielle Lohntheorien, die für die Lohnpolitik und die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit kaum prakti-

sche Bedeutung gefunden haben, werden nur am Rande behandelt. Damit wird das Bändchen vor allem für Leser interessant, die sich mit dem Lohnproblem nur grundsätzlich beschäftigen wollen, jedoch kein vertieftes Wissen in lohntheoretischen Fragen benötigen. Die betont verbale Darstellung, bei der jegliche Grafik sowie mathematisch formulierte Aussagen vermieden werden, dürfte diese Einführung zur Lektüre eines breiten Leserkreises werden lassen.

In den acht Kapiteln werden u. a. der Zusammenhang zwischen Löhnen und Lebensstandard, die Entlohnungssysteme, die Frage der Verhandlungsmacht, das Zustandekommen von Lohnunterschieden, gewerkschaftliche Lohnpolitik sowie der Einfluß des Staates auf die Lohnpolitik behandelt. In dem knappen Kapitel über die Lohntheorien bemüht sich Dobb vor allem zu zeigen, welch defaitistische Wirkung die älteren Lohntheorien auf die Bestrebungen der Arbeiter um Lohnerhöhungen hatten. Erstaunlich kurz fielen die Bemerkungen zur Marxschen Analyse des Lohnproblems aus, so daß die theoretischen Fundamente für die im zwanzigsten Jahrhundert aktuelle Konfrontation von Marxisten und Revisionisten in der westlichen Gewerkschaftsbewegung nicht recht deutlich werden. **Karl Georg Zinn, Aachen**

Derek Robinson: *Wage Drift, Fringe Benefits and Manpower Distribution*. Paris 1968. OECD. 180 S.

Als siebenten Bericht in einer Reihe über Probleme der Arbeitskräftemobilität veröffentlichte das Manpower and Social Affairs Committee der OECD diese Studie, die sich mit Fragen der Rekrutierung und Erhaltung von Arbeitskräften auf Firmenebene beschäftigt. Die Problematik wird vorwiegend aus dem Blickwinkel des Einzelunternehmers betrachtet. Die Möglichkeiten einer reibungslosen und wenig kostspieligen betrieblichen Arbeitskräftebeschaffung stehen im Vordergrund. Vom Standpunkt der Arbeiter oder der Gesamtwirtschaft können sich unter Umständen andere Gesichtspunkte ergeben.

Robinson versucht, durch Auswertung zahlreicher Studien und Erhebungen die Vielfalt der Einflüsse zu erfassen, die den Arbeitsmarkt und die Arbeitskräftemobilität beeinflussen. Dabei beschränkt er sich auf vier Staaten, die USA, die Niederlande, Schweden und Großbritannien, wobei die Erfahrungen aus letzterem Land, in dem der Autor selbst an Forschungsprojekten beteiligt war, weitaus am stärksten vertreten sind. Nicht alle Schlußfolgerungen des Autors können daher ohne weiteres auf andere Länder übertragen werden, wiewohl sich die wesentlichen Probleme in allen entwickelten kapitalistischen Industriestaaten ähneln.

Das reichhaltige, von Robinson verarbeitete Material unterstreicht wieder einmal die bekannten Unvollkommenheiten und institutionellen Besonderheiten des Arbeitsmarktes, die dazu führen, daß die betriebliche Arbeitsmarktrealität durch die aggregierenden und vereinfachenden Theorien und empirischen Industrieuntersuchungen häufig nur

sehr unscharf erfaßt wird. Mit besonderer Skepsis werden — selbst auf lokalen Arbeitsmärkten und im Bereich einer Branche — der Gedanke des „Marktlohns“ und seine Bedeutung für die betriebliche Verteilung der Arbeitskräfte bedacht. Die Untersuchungen weisen darauf hin, daß der in der Theorie im Vordergrund stehende „Marktlohn“ für eine bestimmte Berufsgruppe in der Praxis kaum isoliert werden kann.

Da ist zunächst einmal die Aufweichung dieses Begriffs durch die verschiedenen komplizierten Akkordlohnsysteme. Die sich daraus ergebenden Unterschiede pflanzen sich innerbetrieblich über institutionalisierte Strukturen auf andere Lohnsätze fort, so daß sich zwischen innerbetrieblichen und lokalen Lohnstrukturen beträchtliche Unterschiede entwickeln können. Diese Lohndivergenzen (für gleiche Berufsgruppen) zwischen den Betrieben führen aber selbst im lokalen Bereich nur in beschränktem Ausmaß zu Arbeitsplatzveränderungen. Ein Grund hierfür ist die für den Arbeiter entscheidende Bedeutung der Verdienste, die durch Überstunden tiefgreifend beeinflußt werden können. Die Ermöglichung von Überstundenarbeit für bestimmte Arbeiter und Arbeitergruppen kann zu einer von der Lohnstruktur stark abweichenden Verdienststruktur führen. Weiter betont Robinson, daß für die Arbeitsplatzwahl nicht der Lohn allein, sondern das „Paket“ von Einfluß ist, das alle zusätzlichen Vorteile, wie Leistungs- und Treueprämien, Pensionszahlungen, Urlaubs- und Freizeitvergünstigungen, Aufstiegsmöglichkeiten etc. einschließt. Diese „fringe benefits“ üben auf verschiedene Arbeiter verschiedene starke Wirkungen aus. Insbesondere die Bereitstellung von Wohnungen hat sich als mobilitätswirksam erwiesen.

Entscheidend jedoch ist, daß infolge der Komplikationen, die sich aus Leistungslöhnen, Überstunden, innerbetrieblichen Lohnstrukturen, nicht-monetären Nebenleistungen etc. ergeben, die Verdienstmöglichkeiten so undurchsichtig geworden sind, daß selbst innerhalb eines Betriebes darüber oft nur unklare Vorstellungen bestehen. Der Informationsgrad über Bedingungen außerhalb des eigenen Betriebs ist noch weit geringer. Das allein — nebst psychologischen und anderen Faktoren — könnte hinreichend den zähen Fluß des Arbeitsplatzwechsels bei bestehenden Lohndifferenzen erklären. Tatsache ist jedenfalls, wie zahlreiche Untersuchungen zeigen, daß auf lokalen Arbeitsmärkten beträchtliche Unterschiede in Lohnniveaus und Lohnänderungsraten bestehen, ohne daß mit diesen Unterschieden systematische Änderungen im Arbeitskräftebestand der einzelnen Betriebe verknüpft wären. Allerdings lassen diese Untersuchungen nicht erkennen, ob nicht schlechter zahlende Firmen vielleicht einem größeren Umschlag an Arbeitskräften ausgesetzt sind.

Wie sehr übrigens aggregierende Untersuchungen den Zusammenhang zwischen Lohn- und Beschäftigungsbewegung verwischen können, zeigt das Beispiel von Unternehmungen, bei denen eine Beschäftigungsexpansion typischerweise mit fallenden Durchschnittslöhnen ver-

bunden ist und umgekehrt. Dieses für einen angespannten Arbeitsmarkt seltsame Ergebnis ist eine Folge der Expansions- und Restriktionspolitik dieser Firmen. In der Expansionsphase werden zunächst vor allem ungelernte Arbeiter aufgenommen, so daß sich trotz generell steigender Lohnsätze der Durchschnittslohn senkt. Genau so werden von den Entlassungen zuerst die unqualifizierten Arbeiter betroffen. Es ist daher nötig, auf die Lohnstruktur einzugehen, was in den von Robinson verwendeten Untersuchungen auch geschieht.

Aus seinem reichhaltigen Material (dessen Präsentation allerdings unter Wiederholungen leidet) zieht Robinson den Schluß, daß der Arbeitsmarkt weit weniger homogen ist, als die Theoretiker, aber auch die Unternehmer glauben. Dem Unternehmer sind weitere Grenzen gesteckt, als man vielfach annimmt. Weder ist ihm ein bestimmter Lohnsatz vom Markt „vorgeschrieben“, ohne dessen Einhaltung er Arbeitskräfte verliert, noch kann er durch bloße Variation der Lohnsätze das Arbeitskräfteproblem lösen. Die Arbeitskräftebeschaffung in einem angespannten Arbeitsmarkt wird zu einer Strategie, die immer mehr neben der Konkurrenz mit anderen Firmen auf dem Gebiet der Löhne, Verdienste und Arbeitsbedingungen auch die Pflege des betriebsinternen Arbeitsmarktes (z.B. Weiterqualifizierung), die Erweiterung des lokalen Arbeitsmarktes (neue Einstufungen, Prozeßänderung, Halbtagsarbeit) und die Erschließung neuer Arbeitsmärkte (Filialgründungen, Weitervergabe von Teilarbeiten, Gastarbeiter) einschließt.

Kurt Rothschild, Linz

Julius Kruse, Dieter Kunz, Luitpold Uhlmann: Wirtschaftliche Auswirkungen der Automatisierung. Berlin-München 1968. Duncker & Humblot. 162 S.

Der Zweck der vorliegenden Arbeit besteht nach K.-M. Hettlage darin, zur genauen Analyse des Phänomens der Automatisierung einen Beitrag zu leisten (S. 6). Die gleiche Aufgabe hatte die 1962 in derselben Reihe erschienene Arbeit über die sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts. Leider gewinnt man — um es gleich vorweg zu sagen — nicht den Eindruck, daß hier ein solcher Beitrag geleistet wurde.

Unter Automatisierung wird die Substitution der „menschlichen“ Arbeitsleistung bei der Ausführung technischer Vorgänge durch Mechanismen (Werkzeuge, Maschinen und Apparate) verstanden. *Uhlmann* geht es bei dieser „für eine breit angelegte ökonomische Analyse engstmöglichen technologischen Definition“ darum, daß mit ihr auch die ökonomischen Auswirkungen solcher technischer Veränderungen erfaßt werden, die der Techniker nicht zur Automatisierung, sondern etwa zur Mechanisierung rechnet. Dieser Auffassung wäre gerade die Meinung des Technikers gegenüberzustellen: „Zwischen Mechanisierung und Automatisierung findet man keinen prinzipiellen Unterschied“ (H. Opitz und E. Saljé: Grundlegende Betrachtungen zum Pro-

blem der Automatisierung. In: 8. Aachener Werkzeugmaschinen Kolloquium 1956. Automatisierung. Essen 1956. S. 778).

Nimmt man nach einiger Selbstüberwindung die Terminologie Uhlmanns zur Kenntnis, so wird etwas später erst eine uneinheitliche Verwendung des Begriffs vorgeschlagen: „Im folgenden wird ... zwar die weitere technologische Definition als Ausgangspunkt für quantitative ökonomische Analysen benutzt; in all den Fällen, in denen dagegen qualitative Aspekte behandelt werden, wird zur Beschreibung nach Möglichkeit auf solche technische Veränderungen abgestellt, die auch der Techniker zur Automatisierung zählt“ (S. 15). Man fragt sich warum?

Im zweiten Abschnitt beschäftigt sich Uhlmann mit den Wirkungen auf die Produktionssphäre. Das Ergebnis ist eine Reihe allgemeiner — ja zu allgemeiner — Aussagen: „Die Störanfälligkeit automatisierter Aggregate ist vielfach geringer als die der alten Produktionsanlagen“. Dagegen wäre einzuwenden, daß gerade durch die Automatisierung die Quellen möglicher Störungen vermehrt werden. Baut man beispielsweise auf eine Werkzeugmaschine eine Kopiereinrichtung auf, so kommt zu den bisherigen Störquellen die Kopiereinrichtung hinzu. Daß man interessiert und versucht ist, bei weitgehend automatisierten Anlagen die Störanfälligkeit zu mindern (Tendenz zu kleineren Transferstraßen, höhere Präzision etc.), ist davon zu trennen.

Weiter erfährt man, daß eine Stückkostensenkung eintritt, wenn die Ausbringung eine bestimmte kritische Menge überschreitet ..., und daß die Stückkosten — falls die Gesamtkostenkurve nicht linear, sondern S-förmig verläuft und damit die Stückkostenkurve einen progressiven Ast aufweist — durchaus höher sein können als die Stückkosten der niedrigeren Ausbringung vor der Automatisierung.

Im dritten Teil behandelt Julius Kruse die Wirkungen auf die menschliche Arbeitskraft. Auch die hier erzielten Ergebnisse überraschen nicht: Nachdem in der Einleitung die Automatisierung als Substitution der Arbeit durch „Mechanismen“ definiert wurde, wird hier bestätigt, daß die Automatisierung per Saldo zur Freisetzung von Arbeit führt (S. 108). Ergiebiger — aber zum Teil schon aus der Untersuchung „Soziale Auswirkungen des technischen Fortschritts“ u. a. bekannt — sind die Überlegungen über die Arbeitsbedingungen, beruflichen Anforderungen und die Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Automatisierung.

Die Wirkungen über die Gütersphäre und Wirtschaftsstruktur sind Gegenstand der beiden letzten Abschnitte.

Bei der Untersuchung der Wirkung auf das sektorale Wachstum geht Uhlmann von Fourastiés Einteilung der Wirtschaft in drei Sektoren aus, die an sich eine unbefriedigende Variation der Dreiteilung von Colin Clark darstellt, und kommt zu folgendem Ergebnis: „Die Automatisierung, die in der Mehrzahl der Fälle auch einen technischen Fortschritt bedeutet, hat bisher vor allem im sekundären Sektor, dem

Produktionsbereich (Wird in den anderen Sektoren nicht produziert? Anm. d. Rez.) stattgefunden ... Die Produktivität je Erwerbstätigen hat demnach — die Fourastiésche These bestätigend — im sekundären Sektor, dem Produktionsbereich, am stärksten und im tertiären Sektor am schwächsten zugenommen“ (S. 153).

Dazu wäre u. a. zu bemerken: 1. *Fourastié* trifft die Einteilung nach der Stärke des technischen Fortschritts. Eine Definition braucht und kann nun aber nicht bestätigt werden. 2. Die Dreiteilung des Statistischen Bundesamtes stimmt nicht mit der *Fourastiés* überein. Uhlmann leitet aber aus diesen Statistiken seine Aussage ab.

Denkt man an die einleitenden Worte *Hettlages*, in welchen er einen Beitrag zu einer genauen Analyse des Phänomens ankündigt, so ist man enttäuscht, denn man hat zweifelsohne den Eindruck, daß es sich hier nur um eine sehr flüchtige Auseinandersetzung mit dem Phänomen handelt.

Rudolf Eder, Wien

Hans Gloth: Die Entwicklung des Kommunalkredits. Eine Untersuchung der Beziehungen zum Steueraufkommen. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 229 S.

Der Untertitel gibt die eigentliche Intention des Buches wieder. Es wird versucht, die Entwicklung des Kommunalkredits im Verhältnis zum Steueraufkommen in einer wachsenden Wirtschaft theoretisch und empirisch aufzuzeigen. Dazu werden — nach einleitenden Begriffsabgrenzungen — in einem ersten Abschnitt die Gründe für eine kommunale Kreditnahme aufgezählt und anschließend Grundsätze für die Verschuldung genannt. Die Überlegungen vollziehen sich dabei in den traditionellen Bahnen. Eine Beurteilung aufgrund übergeordneter Kriterien fehlt weitgehend. So ließe sich durchaus einiges aus einer Gesamtkonzeption der Gestaltung des Finanzausgleichs oder aus konjunkturpolitischen Überlegungen zur kommunalen Kreditnahme sagen. Stattdessen wird mit einzelwirtschaftlichen Maßstäben wie der kommunalen Schuldengrenze und den *Stuckenschen* Deckungsregeln gearbeitet, die aber für eine wachsende Wirtschaft nicht genügen. Die Kritik der Deckungsgrundsätze beschränkt sich auf eine Verbesserung des Ausgangsmaterials aufgrund einer mittelfristigen Finanzplanung.

In einem zweiten Abschnitt wird die empirische Entwicklung der Kreditnahme im Verhältnis zum Steueraufkommen seit dem Ersten Weltkrieg beschrieben. Seltsamerweise fehlt die für eine solche Be trachtung nicht unwichtige Zeit von 1933 bis zur Währungsreform. Für die Zeit danach werden die Statistiken nach verschiedenen Richtungen ausgewertet, so daß ein guter Überblick entsteht.

Eine Gegenüberstellung der theoretischen und empirischen Ergebnisse erfolgt in einem kurzen Schlußteil. Auch hier wird deutlich, daß die Deckungsgrundsätze zur Beurteilung nicht ausreichen.

Alois Oberhauser, Freiburg

Manfred Seeger: Die Politik der Reichsbank von 1876-1914 im Lichte der Spielregeln der Goldwährung. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 161 S.

Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit war nach den Worten des Verfassers die derzeitige währungspolitische Diskussion, insbesondere die immer wieder vertretene Auffassung, die „klassische“ Goldwährung stelle eine optimale Lösung der Währungsprobleme dar. Seeger will untersuchen, wie es um die Goldwährung vor 1914 wirklich bestellt war. Die gleiche Frage hat sich zehn Jahre früher *Bloomfield* gestellt (Monetary Policy under the International Gold Standard: 1880 - 1914. New York 1959). Aber da *Bloomfields* Arbeit international breit angelegt ist, haben seine Ausführungen zu einzelnen Notenbanken zwangsläufig den Charakter von Hypothesen, die genauere Nachprüfung und Ausarbeitung lohnen. Seegers Arbeit ist keinesfalls eine Wiederholung, sondern eine wichtige Ergänzung und Erweiterung.

Der Verfasser konzentriert im Anschluß an *Veit* das Wesen der Goldwährung in zwei „Spielregeln“. Erstens: Abgabe und Ankauf von Gold zu festem Preis; zweitens: Veränderung des Zentralbank-Geldangebotes entsprechend der Veränderung der Währungsreserven. Die erste Spielregel sichert die Konvertierbarkeit der Währung und hält den Wechselkurs zwischen oberem und unterem Goldpunkt, die zweite Spielregel soll quasi „automatisch“ die erforderlichen Anpassungsprozesse induzieren (Preismechanismus, Einkommensmechanismus, Zinsmechanismus).

Zur ersten Spielregel: Seeger untersucht systematisch die verschiedenen Manipulationen, mit denen die Reichsbank einem Goldabzug entgegenwirken und die Goldeinlieferung begünstigen wollte. Aber der Spielraum, den die gesetzlichen Vorschriften ließen, war eng, und da überdies die anderen Zentralbanken ähnlich handelten, war der Versuch, die Goldpunkte zu verschieben, letztlich illusionär. Das heißt, die erste Spielregel wurde eingehalten.

Zur zweiten Spielregel: Seeger unterscheidet kurzfristige und langfristige Betrachtung. Da die Reichsbank eine „Überschußreserve“ über die vorgeschriebene Drittdeckung hinaus unterhielt, brauchte sie auf die kurzfristigen Schwankungen der Währungsreserven nicht zu reagieren. Die Zentralbankgeldmenge stieg ungeachtet der Schwankungen der Währungsreserven ziemlich stetig. In dieser Hinsicht wurde die Spielregel nicht eingehalten.

Im Trend, d. h. langfristig, bewegten sich Währungsreserven und Notenumlauf bis 1895 ungefähr parallel. Im „imperialen Aufschwung“ ab 1895 nahm der Notenumlauf schneller zu als die Währungsreserven. Spielregelgerecht wäre nach Definition des Verfassers eine Veränderung von Notenumlauf und Währungsreserve in gleichem absoluten Betrag (nicht: Wachstumsrate; die Deckungsrelation ändert sich also bei Einhaltung der Spielregel). Bis 1895 wurde die Spielregel im Trend eingehalten, danach nicht mehr.

Als konkurrierende Ziele, die die Reichsbank veranlaßten, eine autonome und von den Spielregeln abweichende Politik zu betreiben, nennt Seeger volkswirtschaftliche Rücksichten (das Bankgesetz verpflichtete die Reichsbank zur „Nutzbarmachung von Kapital“) und das Gewinnstreben der Bank. Von einer konsequenten Stabilisierungspolitik konnte allerdings, wie auch *Bloomfield* feststellt, vor 1914 noch keine Rede sein.

Der Verfasser sieht die Einhaltung der Spielregeln nicht als Selbstzweck. Er weist darauf hin, daß der Aufschwung ab 1895 ohne die Verletzung der Spielregel wohl nicht möglich gewesen wäre. Als zusätzliche Faktoren, die eine monetäre Expansion ermöglichen, nennt er: Erstens, die Reichsbank konnte ihren Anteil am inländischen Goldbestand erhöhen, dadurch wurde sie von außenwirtschaftlichen Einflüssen relativ unabhängig; zweitens, das nicht der Deckungspflicht unterliegende Reichsbank-Giralgeld nahm zu; drittens, die Geschäftsbanken dehnten ihr Kreditangebot überproportional aus und nahmen eine entsprechende Verschlechterung ihrer Liquiditätslage hin. Auf der anderen Seite räumt Seeger ein, daß ohne die Bindung an das Gold eine noch stärkere Geldschöpfung der Reichsbank und der Geschäftsbanken stattgefunden hätte. Er gibt aber im Hinblick auf die gegenwärtige währungspolitische Diskussion zu bedenken, daß diese „goldene Bremse“ auch durch andere, vermutlich weniger aufwendige, institutionelle Vorkehrungen ersetzt werden kann.

Über dieses vom Verf. ausgesprochene Ergebnis drängt sich noch ein anderer Schluß auf: Eine relativ gleichmäßige, ungestörte wirtschaftliche Entwicklung war offenbar die Voraussetzung für das Goldwährungssystem, und nicht, wie es in Beschwörungen der „guten alten Zeit“ manchmal scheint, umgekehrt; deshalb mußte die Restaurierung der Goldwährung nach dem Ersten Weltkrieg scheitern. Den Wirtschaftshistoriker könnte die Arbeit anregen, der augenfälligen Parallelität von Goldwährung und liberaler Wirtschaftsideologie weiter nachzugehen.

Die kurze Inhaltsangabe wird den gründlichen Detailuntersuchungen des Verfassers nicht gerecht, ließ aber hoffentlich erkennen, daß es sich um eine für die Währungspolitik und ebenso für die Wirtschaftsgeschichte höchst wichtige Arbeit handelt. Hervorzuheben ist die besonders klare Art der Darstellung und Argumentation.

Gerd Hardach, Regensburg

Jamuna Prasad Agarwal: Die Assoziation der überseeischen Staaten und Gebiete mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Auswirkung dieser Assoziation auf die Ausfuhr der nichtassoziierten Entwicklungsländer in diese Gemeinschaft. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). V, 133 S.

Aus der breit formulierten Themenstellung geht die Untersuchungsperspektive des Verfassers bereits klar hervor.

Im Hintergrunde stehen sowohl aktuelle Behauptungen von Interessengruppen als auch die theoretischen Ableitungsergebnisse des Verfassers (unter bestimmten Bedingungen), die folgenden Inhalt haben: „Ein Präferenzsystem wirkt sich i. A. nachteilig auf den Handel der Drittländer mit dem Präferenzraum aus, was als Handelsablenkungseffekt oder als Präferenzeffekt bezeichnet wird. Dieser Effekt wirkt sich auf die Zahlungsbilanz, die Beschäftigung, das Wirtschaftswachstum usw. des betroffenen Landes aus“ (S. 56).

Diese im Raum der interessenpolitischen Argumentation und gewisser theoretischer Deduktionen stehende Beurteilung der vermeintlichen Umlenkung von Handelsströmen und ihrer Folgen kann der Verfasser jedoch auf Grund von statistischen Ergebnissen widerlegen.

Im ersten Kapitel umreißt er den historischen Hintergrund: Es werden die Handelsbeziehungen zwischen den Mutterländern und ihren „Kolonien“ aufgezeigt und die Motive für eine Assoziiierung dieser Entwicklungsländer mit der Gemeinschaft plausibel benannt. Im weiteren Gang der Untersuchung (2. Kapitel) werden von Agarwal die relevanten Bestimmungen des EWG-Vertrages angeführt, während er im 3. Kapitel die Verwirklichung der Assoziiierung kritisch untersucht. Es ist interessant, welche Abweichungen des realen Status (im Zeitpunkt der Untersuchung) vom Inhalt (bzw. früheren Auslegungen) einschlägiger Normen des EWG-Vertrages konstatierbar sind. Was die Rechtsmaterie anbetrifft (4. Kapitel), so gelangt der Verfasser zu dem Schluß, daß das neue Assoziierungsabkommen vom 1. Juni 1964 sich nur unwesentlich von dem ehemaligen Durchführungsabkommen des EWG-Vertrages unterscheidet.

Agarwal untersucht anhand von vier Beispielen (Bananen, Kakao, Kaffee und Tee), ob eine Handelsablenkung zugunsten der Exportausweitung der assoziierten Länder stattgefunden habe. Die statistischen Fallstudien ergeben, daß bis 1963 keine wesentlichen Verlagerungen aus dem Präferenzsystem der Assoziierten herzuleiten seien. Agarwal betonte jedoch, daß die gewährten Präferenzen bis zu dem Zeitpunkt noch unvollständig gewesen seien.

Bei dem Erklärungsversuch für die statistischen Ergebnisse werden manngfache und plausible Gründe berücksichtigt. Der theoretische Ansatz ist damit gelungen, seine Anwendung stößt jedoch für den früheren Zeitraum und die jüngste Phase unseres Erachtens auf Probleme der Information, die nicht immer leicht zufriedenstellend lösbar sind.

Der Assoziierungsprozeß sei, so betont der Verfasser, noch im Fluß, jedoch gehen die erkennbaren Zielsetzungen dahin, Importe aus Drittländern keineswegs durch Handelspräferenzen für die Assoziierten gravierend zu verdrängen; Wert werde insbesondere auf den entwicklungspolitischen Effekt solcher Maßnahmen in den präferierten Ländern gelegt. Es gibt nach Ansicht Agarwals trotz gewisser außenhandelspolitischer Begünstigungen der assoziierten Länder ein stabilisierendes Element für die bisherige Importstruktur der EWG-Mitgliedstaaten, und das liegt in bestimmten Traditionen der Handelsbeziehun-

gen. Theoretisch ausgedrückt würde es sich hier um eine Art bewußter Produktdifferenzierung vom Standpunkt der Importeure aus handeln, die trotz preispolitischer Maßnahmen eben nicht zur einseitigen Begünstigung der Assoziierten führt.

Diese empirische Aussage ist ein interessantes Ergebnis, welches die Besorgnisse von Interessengruppen in Drittländern mildern könnte.

Klaus E. Rohde, Erlangen-Nürnberg

Herbert G. Grubel: Forward Exchange, Speculation, and the International Flow of Capital. Stanford/Ca. 1966. Stanford University Press. 192 S.

Seit im europäischen Raum Ende 1958 die Ausländerkonvertibilität wieder eingeführt wurde, haben die internationalen Kapitalbewegungen — unter anderem durch Spekulationen in fremder Währung bestimmt — stark zugenommen. Zu diesen internationalen Kapitalbewegungen zählen insbesondere die häufigen spekulativen amerikanischen und englischen Kapitalabwanderungen, die nicht selten aus Furcht vor heimischen Währungsabwertungen erfolgen. Es ist verständlich, daß gerade in den USA und in Großbritannien in den letzten Jahren sich die Wirtschaftswissenschaftler vermehrt mit diesem Phänomen beschäftigen und versuchen, es im Rahmen theoretischer Analyse zu erklären. Grubel hatte selbst, bevor er das zu besprechende Buch schrieb, zu diesem Thema Stellung bezogen. Diese Aufsätze wurden dann auch Teile dieses Buches.

Grubel teilt sein Buch in drei Hauptteile: Hauptteil I bringt ein theoretisches Modell. Nach einer ausführlichen Darstellung der Zinsarbitrage wird die Rolle der Dreiecksarbitrage, der Spekulation und der Nachfrage des Außenhandels im Devisenterminhandel untersucht. Nach einer Analyse der Determinanten des Marktgleichgewichts im Devisenterminhandel wird dann die Bedeutung der Interventionspunkte für die Theorie des Devisenterminhandels beschrieben. Dieser Teil ist der wichtigste und zugleich der grundlegende Teil des Buches. Hierbei dürften die Ausführungen über das Marktgleichgewicht den zentralen Teil des Buches darstellen. Der Verfasser berücksichtigt hier vor allem, im Gegensatz zu den vorher erschienenen Arbeiten, die Dreiecksarbitrage und damit die Vielländerbeziehungen im Devisenterminhandel.

Hauptteil II versucht, dieses Modell anhand empirischer Daten zu testen. Dabei wird deutlich, wie schwierig ein solcher Test ist. Grubel arbeitet daher mit Hypothesen. Frühere empirische Studien bearbeiteten die Beziehungen zwischen zwei Ländern. Der Verfasser versucht, diese Studien auf die Beziehungen zwischen mehreren Ländern auszuweiten. Im großen und ganzen bestätigen die Vergleiche die Ergebnisse der theoretischen Studien zuvor.

Hauptteil III ist der Theorie der Devisenterminpolitik (Forward-Exchange Policy) gewidmet. Grubel überprüft hier die Anwendbarkeit seiner theoretischen Thesen innerhalb der Zentralbankpolitik. Er versucht, mit diesen Darstellungen deutlich zu machen, daß Instabilitäten

in den Zahlungsbilanzen durch eine Manipulierung des Devisenterminhandels neutralisiert werden können. Besondere Abschnitte dieses Teils gelten den Ergebnissen und Kosten einer solchen Politik sowie der Berücksichtigung des Dreiecksgeschäfts im Devisenterminhandel. Anderseits behandelt der Verfasser auch die Probleme einer solchen Politik hinsichtlich der Reaktionen des Marktes.

Instabilitäten der Zahlungsbilanzen können durch verschiedene Maßnahmen neutralisiert werden. Die eigentlichen Ursachen dieser Instabilitäten werden damit wenig oder gar nicht bekämpft oder beseitigt. Eine Beeinflussung des Devisenterminhandels mit Hilfe entsprechender zentralbankpolitischer Maßnahmen stellt meistens nur eine Palliativmaßnahme dar.

Der wesentliche Vorzug des Buches ist darin zu sehen, daß in ihm, nachdem bereits James *Tobin* die Portfoliotheorie in die Theorie des Devisenterminhandels einführte, zum ersten Mal ausdrücklich auf die Dreiecksarbitrage und damit auf die Vielländerbeziehungen im Devisenterminhandel abgestellt wird. Grubel arbeitet vorwiegend mit den Mitteln der modernen theoretischen Analyse. Das Buch ist daher teilweise, ohne daß der Text damit zu stark belastet wird, mit mathematischen Ausführungen angereichert.

Der Anhang illustriert mit statistischen Angaben über wesentliche Devisenkurse und Zinsfüße ausgewählter Länder für die Zeit von 1955 bis 1961 die Ergebnisse der theoretischen Analyse zuvor. Außerdem beinhaltet das Buch eine Bibliographie ausgewählter Bücher und Aufsätze zu seinem Thema.

Grubels Arbeiten werden stark in der internationalen Literatur beachtet. Mit diesem Buch hat er seinen Rang unter den Nationalökonomien, die sich mit speziellen Problemen der modernen Weltwährungsordnung beschäftigen, bestätigt.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

Erich Otremba: Der Wirtschaftsraum — seine geographischen Grundlagen und Probleme. Stuttgart 1969. Franckh. 272 S.

Anlässlich der Besprechung der 1. Auflage 1950 stellte *Fels* einen Mangel an Lehrbüchern der Wirtschafts- und Verkehrsgeographie fest, der heute, nach Erscheinen von *Obsts* „Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie“, *Boeschs* „Weltwirtschaftsgeographie“, *Baades* „Dynamischer Weltwirtschaft“ und dem von *E. Wirth* edierten Sammelband „Wirtschaftsgeographie“ nicht mehr so fühlbar ist. Dennoch kommt der Wirtschaftsgeograph ohne das vorliegende Standardwerk nicht aus, das kein Nachschlagewerk mit einer Fülle von Tatsachen ist, sondern eher den Charakter eines in straffer Form dargebotenen theoretischen Gedankengebäudes trägt, wobei Einzelaspekte mit ganz knapp gehaltenen Beispielen belegt sind.

In seiner 2. Auflage hat dieser erste Band des inzwischen längst vollständig vorliegenden fünfbandigen Gesamtwerkes „Erde und Welt-

wirtschaft“ über die Einbeziehung vielfältiger jüngerer, auch unveröffentlichter und daher schwer zugänglicher Forschungsergebnisse hinausgehend einige grundlegende Veränderungen erfahren. Nicht nur ist die Federführung vom Nestor der deutschen Wirtschaftsgeographie, Rudolf Lütgens, auf Erich Otremba, der inzwischen auch die Bände 3 und 4 zur Gesamtausgabe beigesteuert hatte, übergewechselt, sondern mit dem unter verändertem Titel erschienenen Band verbindet sich auch eine neue Konzeption, die in den beiden angeführten Punkten begründet liegt: die Existenz der Gesamtreihe und das Vorliegen neuen, teilweise in andere Richtung weisenden Materials. Damit berühren wir einen wesentlichen Punkt.

Es ist bemerkenswert, wie sich in der Neuauflage die Akzentverschiebung innerhalb der Wirtschaftsgeographie widerspiegelt. Lütgens' erste Fassung von 1950 ging letztlich auf sein früheres Buch aus dem Jahre 1928 zurück, und neben die etwas langatmige Aufzählung und Erläuterung der einzelnen Geofaktoren, insbesondere aber der physisch-geographischen, in ihren Beziehungen zum wirtschaftenden Menschen, die allein zwei der insgesamt vier Hauptabschnitte beanspruchten, trat als etwas Neues der vierte Hauptabschnitt „Raum und Wirtschaft“ dazu. In der 2. Auflage nun steht der zentrale Begriff des Wirtschaftsraumes als des eigentlichen Forschungsobjekts der Wirtschaftsgeographie ganz im Vordergrund. Sehr viel stärkeres Gewicht erhalten jetzt Fragen wie Standortfaktoren und Lokalisationsphänomene der Wirtschaftsunternehmen, wirtschaftspolitische Maßnahmen auf verschiedenen administrativen Ebenen — man denke an die zunehmende Bedeutung von Verwaltungsgrenzen im Zuge raumwirksamer Investitionen der Öffentlichen Hand — oder das Kern-Rand-Gefälle in Ballungsräumen (im Hauptabschnitt 2 „Der Bauplan des Wirtschaftsraumes“), womit auch die Einführung bzw. Präzisierung wichtiger Grundbegriffe wie z. B. „naturbestimmter Eignungsraum“ verbunden ist; Fragen wie städtisch oder ländlich orientierte Räume (im Hauptabschnitt 5 „Die Gestalt des Weltwirtschaftsraums“) oder die Problematik der wirtschaftlichen Grundlagen der Entwicklungsländer (im Hauptabschnitt 6 „Die Gliederung des Weltwirtschaftsraumes und seine Entwicklungsprobleme“). Die hier beigegebene Karte einer wirtschaftsräumlichen Gliederung der Erde ist viel differenzierter als die auf Staatsgrenzen bezogene des Autors von 1949 in der Zeitschrift „Die Erde“. Besaß die 1. Auflage nur ein Personenregister, erschließt sich dem Leser der Inhalt leichter durch das hier beigegebene Sach- und Personenregister.

Ein paar kleine Ergänzungsvorschläge seien abschließend gestattet. Der Tabelle 1 über Werke zum Standort von ökonomischer Seite sollte der Name Karl Chr. Behrens hinzugefügt werden (S. 27), der Liste derer, die gegenwärtig der Wirtschaftsgeographie starke Impulse geben, der Name Karlheinz Hottes (S. 31). Das Christallersche Betrachtungssystem war auch für die Auswahl der Bundesausbauorte wesentlich

(S. 64). In seinen Bemühungen, die Modellvorstellungen *v. Thünens*, *Löschs* und *Christallers* zu integrieren, sollte vielleicht auf *v. Böventer* hingewiesen werden (S. 65), der im Literaturverzeichnis ja aufgeführt ist. Und ein Hauptanliegen *Bobeks* bei der Herausarbeitung seiner Gesellschafts- und Wirtschaftsstufen war es doch wohl zu beurteilen, in welchem Maße jeweils der Mensch seine Umwelt selbst formt und Eingriffe in den Naturhaushalt vornimmt (S. 209).

Es ist außerordentlich zu begrüßen, daß der erste Band der Reihe Erde und Weltwirtschaft in dieser neuen Form jetzt vorliegt.

Burkhard Hofmeister, Berlin

Karl C. Thalheim und **Hans-Hermann Höhmann** (Hrsg.): *Wirtschaftsreformen in Osteuropa*. Köln 1968. Verlag Wissenschaft und Politik. 309 S.

Die vereinfachende Gleichsetzung von Sozialismus mit Zentralverwaltungswirtschaft und Kapitalismus mit Marktwirtschaft dürfte spätestens nach den im Jahre 1965 in fast allen Ländern des RGW einsetzenden Reformen endgültig unerlaubt geworden sein. Konnte Jugoslawien bisher als eine Ausnahme betrachtet werden, so zeigen nun die Reformkonzepte Ungarns, das mittlerweile aufgegebene der Tschechoslowakei und bis zu einem gewissen Grade auch Bulgariens, daß bei zunehmender Beachtung der Konsumentenpräferenzen eine sozialistische mixed economy mit relativ großem Marktbereich als eine praktikable Lösung betrachtet wird. Stabilität und Funktionsfähigkeit dieser neuen Systeme begegnen jedoch ernsten Zweifeln, denen *Gregory Grossman* in einem abschließenden Artikel des vorliegenden Sammelbandes Ausdruck gibt. Danach erfordert eine Dezentralisierung Maßnahmen auf breiter Basis und Durchführung in einem Zug unter höchster politischer Rückendeckung, während eine Rezentralisierung nahezu unbemerkt und schrittweise vor sich gehen kann. Das gilt auch für die Länder, in denen relativ konservative Reformmaßnahmen ergriffen wurden, wie in der UdSSR, der DDR, Polen und Rumänien. Die bisherigen Erfahrungen scheinen zu bestätigen, daß eine ganze Anzahl der ergriffenen Maßnahmen im Gestrüpp einer intakten Bürokratie wirkungslos werden.

Eck- und Angelpunkt aller Reformbestrebungen der osteuropäischen Länder ist das Preissystem. Erst wenn die Preise für die einzelnen Betriebe eine bestimmende Lenkungsfunktion ausüben, kann an eine wirksame Dezentralisierung gedacht werden. Die Bemühungen, von einem nicht parametrischen Preissystem zu einem parametrischen Preissystem und damit zu Effizienzpreisen zu kommen, bewegen sich in den acht untersuchten Ländern (Ausnahme Jugoslawien) aber immer noch im Bereich von staatlich fixierten Kostenpreissystemen. Die in Ungarn, der Tschechoslowakei und Bulgarien vorgesehenen drei Preis-kategorien freie—limitierte—fixe Preise haben bislang nur unwesentliche Zugeständnisse an die freie Preisbildung erbracht. Von der „Rich-

tigkeit“ des Preissystems wird es aber letztlich abhängen, ob die Allokation der Investitionen und der Inputs eine zentrale oder betriebliche Entscheidung sein wird. Die in allen Ländern zu beobachtende Reduzierung des betrieblichen Kennziffernsystems, die Aufnahme des Gewinns als neue Kennziffer, die Einführung zinsähnlicher Kapitalkosten und die Verbesserung des materiellen Anreizsystems erscheinen daneben als zweitrangige Maßnahmen.

Der vorliegende Sammelband umfaßt neun Länderbeiträge — davon zwei für die UdSSR — und zwei konzise Essays von Alfred Zauberman über die „Modellvorstellungen der Reformer“ und Gregory Grossman über „Die osteuropäischen Reformen — eine Zwischenbilanz“, die die allgemeinen Probleme analysieren. Die Gesamtheit der Beiträge, in denen auch der weite Fächer der akademischen Reformdiskussion entfaltet wird, ergibt einen ausgezeichneten Überblick über das Reformbestreben der Länder des RGW und Jugoslawiens bis zum Stande des Jahresendes 1967. Die sorgfältige Detailarbeit in den einzelnen Länderstudien geben diesem Buch unabhängig von seiner zeitlichen Bedingtheit einen dokumentarischen Charakter.

Jörn Keck, München

Bruno Knall: Grundsätze und Methoden der Entwicklungsprogrammierung. Techniken zur Aufstellung von Entwicklungsplänen. Wiesbaden 1969. Otto Harrassowitz. 338 S.

Leider wurde den Problemen der Entwicklungsplanung in der BRD bisher nur wenig Beachtung geschenkt. Schon darum ist das Buch von Bruno Knall zu begrüßen. Aber darüber hinaus kann der Versuch des Verfassers, die Probleme, denen sich der Entwicklungsplaner in unterentwickelten Ländern gegenüber sieht, umfassend darzustellen und Lösungswege zu zeigen, als gut gelungen bezeichnet werden. Das vorliegende Buch ist ein nützlicher Beitrag, in dem eine umfassende und kritische Übersicht über die Techniken und Methoden der Entwicklungsprogrammierung (nach Knall: alle Tätigkeiten der Ausarbeitung und Aufstellung eines Entwicklungsplans) gegeben wird.

Das erste Kapitel enthält eine Darstellung des vollständigen Prozesses der Entwicklungsplanung, bestehend aus den fünf Teilprozessen: Diagnose und Information, Entwicklungsstrategie und -ziele, Formulierung, Ausgestaltung und ex-post-Bewertung des Entwicklungsplans. In diesem einführenden Kapitel werden die Unterschiede zwischen Entwicklungsplanung, -programm und -programmierung herausgearbeitet. Diese begrifflichen Abgrenzungen sind sicher nützlich; der Verfasser geht allerdings etwas zu weit, wenn er meint, auch den Entwicklungsplaner noch definieren zu sollen (S. 8, Fußnote 1).

Im zweiten Kapitel spricht Knall über die möglichen Programmierungsmethoden und über die Wahl des adäquaten Programmierungsmodells, wobei sich für verschiedene Länder Unterschiede ergeben nach dem verfügbaren statistischen Datenmaterial, nach dem erreichten Grad der Diversifikation und nach der Effizienz der staatlichen Ver-

waltung. Hier zeigt sich der Verfasser sehr optimistisch bezüglich der Verwendbarkeit der Regressionsanalyse bei der Entwicklungsprogrammierung. „In der Regel genügen zehn Jahreswerte, um eine hinreichend genaue Regressionsanalyse durchführen zu können. Falls mit keinem zu großen Wechsel der Entwicklungsrichtung gerechnet wird, genügen auch Zeitreihen, die eine geringere Zahl von Jahreswerten enthalten“ (S. 33, Fußnote 1).

Das ist zwar recht gut auf die kurzen Reihen in den unterentwickelten Ländern zugeschnitten, aber der Leser vermisst doch eine überzeugendere statistisch-theoretische Begründung für den Optimismus des Verfassers.

Im dritten und vierten Kapitel erörtert Knall ein einfaches Programmierungsmodell für ein unterentwickeltes Land, dessen verfügbare Statistiken für anspruchsvollere Modelle weder qualitativ noch quantitativ ausreichen. In diesem einfachen Modell werden keine Simultanlösungen angestrebt, sondern man begnügt sich bei der Lösung der Entwicklungsaufgaben mit iterativen Verfahren, d.h. stufenweisem Vorgehen. Die Programmierung besteht aus drei Arbeitsphasen: 1. die Projektion globaler, makroökonomischer Größen wie des Sozialprodukts und seiner Komponenten (Makrophase); 2. die Projektion sektoraler Größen wie der Produktion der einzelnen Wirtschaftsbereiche (Sektoralphase); 3. die Koordination zwischen den globalen und den sektoralen Projektionen (Koordinierungsphase). Nicht behandelt werden Fragen der Projektprogrammierung und der Regionalplanung. In diesem Abschnitt stören einige Druckfehler (S. 63, Fußnote 4: für dY/K muß stehen dY/Y ; S. 81: in Gleichung 3.55 ist μ zu ergänzen). Dann überschätzt der Verfasser anscheinend die Möglichkeiten von Hypothesenprüfungen mit Hilfe statistischer Verfahren. Es ist im Zusammenhang mit Wahrscheinlichkeitsaussagen oft die Rede von „Verifizierung“, wo nach Ansicht des Rezensenten „Falsifizierung“ richtiger wäre (S. 64, 80, 85, 87, 91 f., 138). Zumindest strittig dürfte die Behauptung des Verf. sein, das Fluchtkapital der unterentwickelten Länder sei meist kurzfristiger Art (S. 126, 148, Fußnote 2). Besonders wertvoll sind die Abschnitte über die Arbeitskräfte- und Bildungsplanung (S. 188 ff.). Unverständlich geblieben ist dem Rezensenten allerdings die Bemerkung des Verf., es bestünde in Fachkreisen keine Einmütigkeit darüber, ob die Arbeitskräfte oder das Inlandsprodukt das Wirtschaftswachstum bestimmen (S. 191 f.).

Das fünfte Kapitel enthält ein erweitertes Programmierungsmodell, das für fortgeschrittenere Entwicklungsländer konzipiert ist, die über umfangreiches statistisches Datenmaterial verfügen, so daß anspruchsvollere Programmierungstechniken wie die Regressionsanalyse und die Input-Output-Analyse eingesetzt werden können. Und schließlich behandelt der Verf. im sechsten Kapitel einige „offene Fragen“ der Entwicklungsprogrammierung. Dieser Teil des Buches ist, gemessen an der Bedeutung der hier angeschnittenen Fragen (Ressourcenallokation, Projektprogrammierung, Regionalplanung, Optimierungsprobleme) zu

knapp geraten. Man kann nicht sagen, daß diese wichtigen Probleme so „offen“ und ungeklärt sind, daß man sie nicht in die Kapitel drei bis fünf hätte einbauen können. Immerhin helfen dem interessierten Leser auch hier viele Literaturhinweise weiter.

Diese kritischen Anmerkungen sollen nicht den insgesamt positiven Eindruck verwischen, den der Rezensent von der vorliegenden Studie erhalten hat. Das Buch von Bruno Knall wird jeder, der sich über Fragen der Entwicklungsprogrammierung informieren möchte, mit Aussicht auf Gewinn zur Hand nehmen. Leider wird der sehr hohe Preis des Buches (338 Seiten kosten broschiert 72 DM) viele Interessenten, vor allem Studenten, vom Kauf abhalten.

Vincenz Timmermann, Hamburg

Konrad Roesler: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 237 S.

Der Autor behandelt seinen Stoff in vier Abschnitten. Im ersten, „Finanzielle Kriegsbereitschaft“, gibt er einen kurzen Überblick über die Finanzpolitik des Deutschen Reiches bis 1914. Hier hätte auf S. 14 die Absicht des Reichstages, durch die Frankensteinsche Klausel auch sein Bewilligungsrecht zu erhalten, hervorgehoben werden sollen. Zutreffend weist Roesler darauf hin, daß die Unvollkommenheiten des Finanzausgleichs sich im Kriege rächteten. Bei Behandlung der Stellung der deutschen Finanzwissenschaft zum Problem der Kriegsfinanzierung hebt der Autor hervor, daß es bei der Steuer-Anleihe-Diskussion nur um Entweder-oder, kaum um ein Sowohl-als-auch ging und die Kriegsfinanzierung auf längere Sicht von der offiziellen Planung vernachlässigt blieb. Im zweiten Abschnitt „Finanzielle Mobilmachung“ wird insbesondere auf das Gesetzgebungswerk vom 4. 8. 1914 hingewiesen, das eine vollständige Veränderung des Geldwesens herbeiführte, deren Charakter und Wirkungsweise der Autor schildert.

Den dritten Abschnitt „Finanzielle Kriegsführung“ gliedert der Autor in zwei Teile. Im ersten, „Periode des Abwartens“, der von 1914 bis Mitte 1916 reicht, stützt sich die Kriegsfinanzierung nach Ansicht des Verfassers auf die im vorhergehenden Abschnitt behandelten Neuerungen. Von der zweiten Kriegsanleihe ab wurde weitgehend nur das abgeschöpft, was vorher in die Wirtschaft hineingepumpt worden war (S. 76). Finanzpolitische Neuansätze finden nach ihm dagegen erst in der zweiten Periode, der „Periode des Niederganges“, ab 1916, ihren Niederschlag. S. 128 f. versucht der Autor, die Wirkungen der außерordentlichen Kriegsabgaben kreislauftheoretisch etwas näher zu umreißen. Die Bedeutung des Wehrbeitrages als einer erstmals einheitlichen Veranlagung von Vermögen und Einkommen für das ganze Reich hätte deutlicher hervorgehoben werden sollen (S. 106).

Während Roesler im dritten Abschnitt versucht, lediglich die Kriegsfinanzpolitik — wenn auch aus dem Blickwinkel neuerer theoretischer

Vorstellungen — darzustellen, wobei eine Kritik höchstens an Einzelheiten, nicht an der Gesamtkonzeption dieser Politik geübt wird, gibt er im vierten Abschnitt eine Zusammenfassung und Beurteilung der Kriegsfinanzpolitik und ihrer Folgen unter kritischen Aspekten. Erfreulich ist, daß der Autor sich nicht nur mit einer Darstellung seiner Materie begnügt, sondern auch immer wieder bestrebt ist, kritisch Stellung dazu zu nehmen. Neben vielem Bekannten findet sich auch manche gute Bemerkung in seinen Ausführungen. Die Erkenntnis, daß die Kriegsfinanzierung nicht nur geld-, sondern in erster Linie ein güterwirtschaftliches Problem ist, wurde nach dem Verfasser erst später in wissenschaftlichen Werken ausgesprochen. S. 153 f. versucht er, die Quantifizierung der einzelnen Quellen der Kriegsfinanzierung aufzuweisen. Eine gute Kriegsfinanzpolitik setzt eine sinnvolle Vereinigung dieser Quellen in engstem Zusammenhang mit sonstigen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des Staates voraus. Zutreffend heißt es S. 158 ferner: „Finanzpolitik im weitesten Sinne, d. h. unterstützt von Geld-, Lohn- und Preispolitik, entscheidet im Kriege und nachher nicht über die intertemporale, sondern nur über die interpersonale Lastverteilung“. Allerdings fehlt bei ihm eine exakte Abgrenzung der „eigentlichen Ausgaben aus Anlaß des Krieges“, bekanntlich ein sehr umstrittenes Problem. Sieht man „als wichtigste Aufgabe der Steuerpolitik im Kriege, die aus neu geschaffinem Geld entspringenden Einkommen abzuschöpfen und die entstandene Notenbankverschuldung zu reduzieren, kann der Steuerpolitik im ersten Weltkrieg kein Erfolg zugesprochen werden“ (S. 165 f.). Vorher, S. 130, meinte der Autor aber, daß über die Steuerpolitik ein endgültiger Kaufkraftentzug bei Unternehmern und Privaten nur in geringem Maße gelungen sei. Die Kriegswirtschafts-, Lohn- und Zinspolitik werden gleichfalls kritisch behandelt.

Im Schlußabschnitt skizziert der Autor die zeitgenössischen Überlegungen zur Inflation. Während die Reichsbank den Zusammenhang von Geldvermehrung und Preissteigerung geleugnet hat (S. 171), ist von verschiedenen theoretischen Ansatzpunkten her von der Wissenschaft eine einigermaßen realistische Darstellung der Kriegsinflation und ihrer Folgen wie auch eine brauchbare Therapie zu ihrer Eindämmung erbracht worden.

Im Anhang befinden sich eine Zusammenstellung der Steuergesetze von 1916 bis 1918, statistische Übersichten, auf die im Text, der selbst schon eine Anzahl von Tabellen enthält, hingewiesen wird, und ein umfangreiches Literaturverzeichnis. Der Verfasser hat das einschlägige Schrifttum gut ausgewertet und sich mit Erfolg in die Problematik eingearbeitet. Es handelt sich wieder um eine erfreuliche Schrift aus einer von Fritz Voigt herausgegebenen Reihe. Kleinere Ungenauigkeiten und Unebenheiten, auf die zum Teil oben bereits hingewiesen wurde, mindern ihren Wert nicht. Es ist übrigens wohl ungewöhnlich, von einer „Philippika zugunsten ...“ zu sprechen (S. 29); es gibt keine „billigen“, sondern „niedrige“ Preise.

Bruno Schultz, Berlin

Edwin Buchholz: Die Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XIV, 270 S.

Buchholz' Tübinger Habilitationsschrift über „Die Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft“ geht von der Überzeugung aus, daß dem in der vorgelegten Studie unternommenen Versuch einer theoretischen Konzeption der Wirtschaftsverbände in Deutschland kein einziger anderer vorausging (Vorwort). Hätte er jedoch die Veröffentlichungen des Verlages, in dem seine Untersuchung erschien, vor Augen, so wäre er sicherlich auf einen solchen Versuch gestoßen („Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens [Die Verbandsgesellschaft]“. Tübingen 1961). Abgesehen von diesem Schönheitsfehler zeichnet sich die Untersuchung durch eine breit angelegte Systematik aus. Die beiden Hauptanliegen sind das „Ordnungssystem“ und das „Selbsthilfesystem“ der Wirtschaftsverbände.

Im ersten Teil (Ordnungssystem) werden Begriff, Abgrenzung und Typologie der Wirtschaftsverbände, Existenzbedingungen, Organisation und die Willensbildung behandelt, während im zweiten Teil (Selbsthilfesystem) soziale Mechanismen entwickelt werden, die zeigen, wie sich die Verbände bei der Beschaffung, Entwicklung und Produktion der Interessen ihrer Mitgliedsfirmen bzw. ihrer Mitglieder annehmen. Ausführlich geht Buchholz dabei auf die Selbsthilfe in der Unternehmensverwaltung sowie im Bildungs-, Personal- und Absatzbereich ein. Für beide Teile wird soweit wie möglich empirisches Material herangezogen, jedenfalls soweit wie sich Verbändearchive, Funktionärsohren und andere relevante Informationskanäle öffneten. So wird der Leser und damit auch die Forschung mit einer Reihe von neuen Materialien bekannt gemacht. Offen bleibt jedoch, wie diese Fakten in eine doch in Aussicht gestellte Theorie der Wirtschaftsverbände integriert werden sollen. Wenn man Typologie nicht schon mit Theorie gleichsetzt, so bleibt in dieser Hinsicht vom Standpunkt des Verbandssoziologen eigentlich nur das zweite Kapitel über die Existenzbedingungen der Wirtschaftsverbände für einen weiterführenden theoretischen Anspruch interessant. Hier wäre etwa an eine Weiterführung der von R. K. Merton aufgeführten Mechanismen zur Vermeidung bzw. Beschränkung von Rollenkonflikten in der modernen Gesellschaft zu denken (vgl. dessen Theorie der Rollenverschränkung, in: H. Hartmann [Hrsg.]: Moderne amerikanische Soziologie. Stuttgart 1967). Die vorliegende Arbeit gibt aber so viel an Material her, daß sie den Plausibilitätsgrad einer diesbezüglichen Verbandstheorie beachtlich erhöhen könnte. Man wird hoffen dürfen, daß Buchholz seine Arbeit in dieser Richtung weiter auszubauen Zeit findet.

Jakobus Wössner, Linz

Erwin Hasselmann: Die Rochdaler Grundsätze im Wandel der Zeit. Frankfurt/M. 1968. Deutsche Genossenschaftskasse. 159 S.

Diesem Buch kommt in einer Zeit weitverbreiteter Skepsis vor komplexen Gegebenheiten geistig-psychisch-sprachlicher Art, die oft vor-

schnell und pauschal als „ideologisch“ verzeichnet werden, beträchtliche Bedeutung zu. Der Autor beschäftigt sich mit solchen Gegebenheiten, soweit sie als Grundlagen der Genossenschaftsbewegung im allgemeinen und der Konsumgenossenschaftsbewegung im besonderen von Belang sind. Er sieht in der freien Diskussion der Grundsätze bzw. Prinzipien dieser Bewegung und in der Klärung der Leitgedanken bzw. Ideen das einzig wirksame Heilmittel „gegen Erstarrung“ (vgl. S. 134 f.), von der nicht zuletzt die Konsumgenossenschaften im Zeichen verstärkt ökonomisch orientierten Handelns und der Übernahme kapitalgesellschaftlicher Rechtsformen bedroht sind.

Erwin Hasselmann, der Verfasser, ist den Konsumgenossenschaften des In- und Auslandes seit Jahrzehnten durch praktische Arbeit in leitenden Positionen verbunden. Zugleich war er auch wiederholt und erfolgreich um die wissenschaftliche Erhellung dieser interessanten Unternehmen bemüht. Im vorliegenden, seine bisherigen Untersuchungen krönenden Falle schöpft er sowohl aus einer profunden eigenen Kenntnis der Dinge als auch aus der zahlreich vorliegenden in- und ausländischen Literatur.

In insgesamt neunzehn Kapiteln wird vor dem Leser ein wesentlicher Ausschnitt der im Bereich der Konsumgenossenschaften und des von diesen maßgeblich beeinflußten Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB) in Jahrzehnten ausgetragenen Grundsatzdiskussionen ausgebreitet und, was besonders wichtig ist, interpretiert. Die für den Gang der Untersuchung aufschlußreichen — freilich den jeweiligen Stoff nicht immer treffend kennzeichnenden — Kapitelüberschriften lauten im wesentlichen: Das „Rochdaler System“ im Ideenwettstreit um den IGB; Das Bekenntnis des IGB zum Erbe von Rochdale; Auseinandersetzungen um den Grundsatz der Neutralität; Der Stockholmer Kongreß im Jahre 1927; Die Diskussion geht weiter; Die Neuformulierung der Grundsätze; Freiwilligkeit und offene Tür; Genossenschaftliche Neutralität; Staat und Genossenschaft, besonders in den Entwicklungsländern; Genossenschaftliche Demokratie; Demokratie — Autonomie — Einheit; Die Verzinsung des Anteilskapitals; Die Verwendung des Überschusses; Der Imperativ der genossenschaftlichen Erziehung; Der neue Grundsatz der zwischengenossenschaftlichen Zusammenarbeit; Das Förderungsprinzip und die Rochdaler Grundsätze; Der Geltungsanspruch der Rochdaler Grundsätze; Grundsätze und Genossenschaftsidee.

Der Autor arbeitet den komplexen Selbsthilfegedanken der Rochdaler Pioniere, in dessen Verwirklichung sie den Sinn ihrer ganzen Arbeit gesehen haben (S. 133), die erst 1937 eindeutig bestimmten „Rochdaler Grundsätze“ (Offene Mitgliedschaft; Demokratische Verwaltung; Rückvergütungsprinzip; Beschränkte Kapitalverzinsung; Politische und religiöse Neutralität; Barzahlung; Förderung des Erziehungswesens) und die Neukodifizierung der Prinzipien von 1966 scharfsinnig heraus. Höhepunkte erreicht die Argumentation beson-

ders dort, wo die zentralen Fragen der genossenschaftlichen Demokratie und ihres Verhältnisses einerseits zur Neutralitäts-, andererseits zur Autonomie- bzw. Konzentrationsproblematik erörtert werden. Den bemerkenswerten intuitiven Interpretationsleistungen entspricht allerdings nicht ganz die logische Durchdringung des Erkenntnisgegenstandes, wie sich besonders bei Behandlung des Geltungsanspruchs der Grundsätze und bei ihrer Konfrontierung mit der sog. „Genossenschaftsidee“ zeigt. Erst nach vorausgegangenen semantischen Klärungen bezüglich „Grundsatz“, „Idee“, aber auch „Wesen“, „Gedanke“, „Grundstimmung“, „Imperativ“ usw. hätten sich wohl manche der tatsächlich getroffenen Feststellungen als Folgerungen überzeugend ziehen lassen. Zuletzt zeigt sich Hasselmann als Vertreter eines „transzendenten genossenschaftlichen Prinzips“ (S. 144), obwohl vieles dafür spricht, daß die infrage stehenden Grundsätze und deren Wandlungen ohne eine solche Deutungsbasis interpretierbar sind.

Werner Wilhelm Engelhardt, Köln

Lothar Stuber: Die Seehafentarifpolitik der deutschen Eisenbahnen. Düsseldorf 1969. Verlag Handelsblatt GmbH. 185 S.

Die Seehafentarifpolitik im Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen hat stets die Aufmerksamkeit der Fachliteratur auf sich gezogen. Wegen ihres teilweise erklärten (oder doch so aufgefaßten) Charakters als ökonomische Waffe gegen die Rheinmündungshäfen war sie auch — oder noch mehr — Objekt politischer Auseinandersetzungen. Davon zeugen zahlreiche Publikationen vor allem der dreißiger Jahre, aber auch der Nachkriegszeit. Mit dem Inkrafttreten der EWG-Verträge und der allmählichen Verwirklichung ihrer Zielsetzungen erlangt diese Tarifgestaltung eine neue Bedeutung; nach den Festlegungen des Vertrages soll als Kriterium der Transportpreisbildung allein die Markt-konformität zulässig sein.

Trotz der zahlreichen Fachpublikationen stammt die letzte umfassende Darstellung dieses Komplexes aus dem Jahre 1918; die damit gegebene Lücke zu schließen war das Ziel, das sich der Verfasser dieser Arbeit setzte. Die einzelnen Themen sind dabei (so der Untertitel) „Allgemeine Grundlagen, historische Entwicklung, Analyse der gegenwärtigen Situation und künftige Gestaltungsprobleme im Gemeinsamen Markt“. Ausgangspunkt der Analyse ist die Erfassung der Seehafenausnahmetarife (SAT) als Ergebnis sowohl eigen- als auch gemeinwirtschaftlicher Orientierung. Ihre Funktion sieht Stuber in der „Feinregulierung“ der Eisenbahnpolitik, ergänzend zu den größeren Regeltarifen und ihren schematischen Staffeln. Eigen- und gemeinwirtschaftliche (bzw. staatspolitische) Motive für die mit der Ausnahmetarifierung verbundene Preisdifferenzierung werden eingehend geprüft.

Einem historisch ausgerichteten, bis zur „Kleinen Verkehrsreform“ von 1961 vier Zeitphasen unterscheidenden Abschnitt, der sehr interessante Illustrationen der verschiedenen theoretisch begründeten Möglichkeiten enthält, folgt als wichtigstes Kapitel eine genaue Analyse aller derzeit (d. h. Anfang 1968) gültigen SAT der Deutschen Bundesbahn im Hinblick auf ihren ökonomischen Charakter und ihre Verkehrsleistung. Sie zeigt, daß die meisten dieser Tarife durchaus im wirtschaftlichen Interesse der Eisenbahn liegen.

Diese Zwecksetzung bestimmt ihre Stellung zur künftigen EWG-Verkehrspolitik; deren Anforderungen prüft der Verfasser im vierten Teil seiner Untersuchung, vor allem hinsichtlich der verschiedenen Arten einer — ökonomisch anfechtbaren — Hafenregulierung. Trotz verschiedener Korrekturerfordernisse sieht er im Grundsatz keinen wettbewerbsfeindlichen Inhalt der SAT und daher auch keinen fundamentalen Widerspruch zur Konzeption einer liberalen EWG-Verkehrspolitik.

Die Untersuchung enthält eine außerordentliche Fülle von Einzelheiten und ist auch in den mehr grundlegenden Abschnitten sehr detailliert. Stuber hat sein Thema intensiv und unter Berücksichtigung einer großen Fachliteratur behandelt. Davon zeugen das 15 Seiten lange Literaturverzeichnis und der mehr als 600 Anmerkungen umfassende Fußnotenapparat. Die Sorgfalt der Bearbeitung ist ferner aus der mit Sachkenntnis und viel Mühe durchgeführten Analyse der einzelnen S-Tarife ersichtlich.

Diese Mühe erspart der Verfasser allerdings auch seinen Lesern nicht. Ein Buch zum schnellen Lesen ist die Abhandlung nicht; dafür ist sie zu materialbezogen. Wer nach einer raschen Orientierung über die Resultate sucht, wird von den nur kurzen Zusammenfassungen jeweils am Schluß der vier Hauptabschnitte (eine Gesamtschau gibt es nicht) nur teilweise befriedigt sein. So ist ein genaues Durcharbeiten erforderlich, wenn man wichtige Aussagen nicht überlesen will. Das mag allerdings auch daran liegen, daß die Arbeit keine Zielrichtung hat, die zu einem scharf begrenzten Ergebnis führen kann. Der Absicht Stubers entsprechend hat sie vielmehr einen enzyklopädisch-systematischen Charakter.

Immerhin kann ein nicht unwesentliches Ergebnis festgehalten werden: Die früher gültige Auffassung, die deutschen Seehafenausnahmetarife seien zumindest durch eine Ambivalenz ihrer Ziele gekennzeichnet, muß inzwischen durch die Erkenntnis ersetzt werden, daß sie heute überwiegend eigenwirtschaftlichen Zwecken der Bahn und nicht staatlichen Absichten dienen. Im übrigen wird, wer sich einen genauen Einblick in dieses Spezialgebiet der Verkehrswirtschaft verschaffen will, das mit Erfolg tun können.

Hans Böhme, Kiel

Gerd Kelbling: Die Zielsetzung der Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Hiltrup 1969. Landwirtschaftsverlag Hiltrup. 223 S.

In einer Zeit zunehmender Versachlichung wirtschaftspolitischer Entscheidungen kommt der wissenschaftlichen Analyse der Rationalität des Ziel-Mittel-Systems nicht nur eine erkenntnistheoretische Bedeutung zu, sondern sie kann zugleich auch die politische Meinungsbildung wesentlich beeinflussen. Allerdings müssen die tatsächlich verfolgten Ziele eindeutig bestimmbar sein, denn nur in Relation zu diesen können die Mittel und ihre Effizienz beurteilt werden.

Die Entwicklung eines methodischen Ansatzes zur Lösung dieser Problematik ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit, die am Institut für Entwicklungspolitik der Universität Freiburg/Br. unter der Leitung von Theodor Dams gefertigt wurde. Als Forschungsobjekt wurde die Agrarpolitik der Bundesregierung seit 1955 herangezogen. Dieses Objekt ordnet sich einmal in die Arbeitsrichtung des Freiburger Instituts ein. Zum anderen konnte eine besondere Aussagekraft vermutet werden, da das Ziel-Mittel-System der Agrarpolitik durch das 1955 einstimmig vom Bundestag verabschiedete Landwirtschaftsgesetz festgelegt zu sein scheint und die Ziel-Mittel-Übereinstimmung durch die gesetzlich geforderten „Grünen Berichte“ und die darauf gründenden „Grünen Pläne“ jährlich überprüfbar ist. Aus solcher Problemstellung ergibt sich denn auch zwingend die Gliederung dieser deduktiv-deskriptiven Studie.

Die an der politischen Willensbildung beteiligten Institutionen verfolgen unterschiedliche Ziele. Während die Verbände das Interesse ihrer Mitglieder vor gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Wohlfahrt stellen, zielen die politischen Parteien stärker auf den potentiellen Wähler und sind auf Interessenausgleich der Wählergruppen bedacht. Unter solchen Voraussetzungen wird ein in sich geschlossenes und widerspruchsfreies Zielsystem problematisch.

Der in der praktischen Agrarpolitik gesuchte Kompromiß zwischen den unvereinbar erscheinenden „optimistischen“ und „pessimistischen“ Auffassungen führte 1955 zu einem Landwirtschaftsgesetz, das 1. bei unklaren Zielformulierungen sowohl anpassungsfördernde als auch ein-kommensübertragende Maßnahmen zuließ, 2. die Wirtschaftspolitik und nach heftiger Diskussion auch die Sozialpolitik lediglich als ablauf-politische Instrumente anerkannte, auf die verbindende Klammer der Strukturpolitik jedoch verzichtete und schließlich 3. bei fehlender ordnungspolitischer Zielkonzeption in der ablaufpolitischen Realität der Preis- und Marktpolitik den Vorrang einräumte.

Damit wird die ganze Ziel-Mittel-Diskrepanz der Agrarpolitik der letzten 15 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland aufgedeckt. Dieses Ergebnis bleibt jedoch „vergleichsweise aussageschwach“, da „Bewertungskriterien zur exakten Quantifizierung oder Gewichtung“ der auf-

gestellten Ziele, „hinreichend zuverlässige Anhaltspunkte für die Formulierung von Nebenbedingungen und praktikable Kriterien zur Beurteilung sektorspezifischer Zielgruppen hinsichtlich ihrer Systemkonformität“ fehlen.

Bernd van Deenen, Bonn

Bernd Andreae: Die Bodenfruchtbarkeit in den Tropen. Hamburg und Berlin 1965. Verlag Paul Parey. 124 S.

Mit „Mut zur Lücke“ geht Andreae an die ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe, über die Bodenfruchtbarkeit in den Tropen zu schreiben. Die Arbeit ist wichtig, denn wohl nirgendwo haben die Fragen der Erschließung, Erhaltung, Mehrung der Bodenfruchtbarkeit größere Bedeutung als in den Tropen. Dort fehlt es mehr an Nahrungsmitteln, und gleichzeitig wächst dort die Bevölkerung schneller als sonst in der Welt, eine Bevölkerung, die überwiegend in der Landwirtschaft tätig ist.

Schwierig ist die Aufgabe, weil sie eine Zusammenfassung der Ergebnisse vieler Einzelwissenschaften sein muß, erschwert angesichts der Verschiedenartigkeit der Tropen vom immerfeuchten Regenwald bis zu den trockenen Buschsavannen. Schwierig aber vor allem, weil die wachsende Bevölkerung gerade jetzt ganz neue Formen der Bodennutzung notwendig macht. Der damit verkettete Übergang von einfachen zu verbundenen Formen der Wirtschaftsweise, in dem die Industrieländer den Entwicklungsländern vorangegangen sind, stellt in den Tropen eine Reihe völlig neuer Fragen. Dabei war dort schon die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit unter den seitherigen Bedingungen der Bodennutzung besonders schwer.

Wenn auch die Industrieländer den Tropen in der Entwicklung von einfachen zu verbundenen Wirtschaftsweisen vorangegangen sind, so lassen sich dennoch die Erfahrungen und Maßnahmen der Industrieländer nicht ohne weiteres auf die Tropen übertragen, wohl aber etliche grundsätzliche Erwägungen.

So holt Andreae weit aus und bemüht sich, auch für den der Sache wenig kundigen Leser Voraussetzungen zu schaffen, auf deren Grundlage er dann zu den eigentlichen Fragen vordringt. Gleichzeitig ist das Buch sehr knapp geschrieben, so daß ein schneller Überblick zu gewinnen ist. Die Arbeit ist reich gegliedert. Übersichten, Schaubilder und ein Sachindex erleichtern die Erfassung.

Eine Gefahr des theoretischen Ansatzes kann darin gesehen werden, daß bei jeder Kombination von Produktionsfaktoren die Zurechnung des Ertrages das eigentliche Problem ist. Ein gleicher Geldbetrag kann sehr verschiedene Inhalte von Kapital decken. Ebensowenig wie Boden gleich Boden, ist Arbeit gleich Arbeit. Vor allem aber kommt es auf das rechte Verhältnis beim Einsatz der Produktionsfaktoren an. So gesehen müßten noch weitere Einzelwissenschaften herangezogen werden, die Frage der Bodenfruchtbarkeit zur Frage der Ergiebigkeit mensch-

lichen Wirtschaftens in bestimmten Räumen erweitert werden. Sicher ist jedenfalls, daß weder die mittelbaren Nahrungssorgen der Tropen selbst noch die anstehende Lösung der Frage der Erweiterung des Weltnahrungsspielraumes gelöst werden können, ohne Einwirkung auf die wirtschaftenden Menschen, ohne technischen Fortschritt, ohne die Bildung und Fruchtbarmachung von immer mehr Kapital. Dies wiederum setzt eine rechtliche Rahmenordnung voraus, ohne die die genannten Zweige nicht zum Blühen kommen können.

Wenn auch viele Fragen ungelöst bleiben müssen, so legt der Verfasser hier doch eine Arbeit vor, die nicht nur von Agrarwirtschaftlern in Entwicklungsländern mit Gewinn gelesen werden kann (englische Zusammenfassungen sind beigegeben), sondern die auch in die Hand all derer gehört, die im Rahmen der Entwicklungspolitik tätig sind. Bei allen Anstrengungen zur Industrialisierung dieser Länder bleibt die Landwirtschaft für ihr Schicksal noch lange Zeit der entscheidende Wirtschaftszweig. Gerade die Wechselwirkungen zwischen Industrie und Landwirtschaft, wie sie etwa im Wasserbedarf zum Ausdruck kommen, sollten im Sinne einer Gesamtbetrachtung auch denjenigen, die mit dem Aufbau von Industrien beschäftigt sind, durch ein solches Buch bewußt gemacht werden.

Das Buch schließt mit einem Ausblick auf die Zukunft der künstlichen Bewässerung, der Andreeae große Bedeutung einräumt. Ange- sichts der jüngsten Erfahrungen mit dem Assuan-Staudamm wird deutlich, wie viele Gesichtspunkte bei solchen Maßnahmen zu berücksichtigen sind und daß es nicht übertrieben ist, wenn Andreeae sagt, viele Fragen seien noch zu lösen.

Jürgen Bosch, Berlin

Bernhard Gahlen: Die Überprüfung produktionstheoretischer Hypothesen für Deutschland (1850—1913). Tübingen 1968. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XIII/282 S.

Wenn man bedenkt, daß die Produktion einer Volkswirtschaft sich aus den Leistungen einer sehr großen Zahl unterschiedlichster Produktionssektoren zusammensetzt und weiterhin jeder Sektor für sich genommen ein ebenfalls heterogenes Bündel an Gütern mit Hilfe älterer und jüngerer Produktionsverfahren herstellt, wie es sich in dem Altersaufbau der sektoriellen Kapitalbestände widerspiegelt, so wird die Rigorosität des Versuchs deutlich, die Produktion einer Volkswirtschaft, repräsentiert in einer Variable, durch eine einzige volkswirtschaftliche Produktionsfunktion in Abhängigkeit von Arbeit und Kapital, jeweils in einem einzigen Produktionsfaktor zusammengefaßt, zu beschreiben. Insofern ist der Versuch des Verfassers durchaus kühn, für den Zeitraum von 1850—1913 ökonometrische Schätzungen für eine Produktionsfunktion in Deutschland durchzuführen. Die dafür erforderlichen Zeitreihen werden der bekannten Arbeit von W. G. Hoffmann über das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des

19. Jahrhunderts entnommen. Die zeitliche Abgrenzung durch das Jahr 1913 ergibt sich wegen der Einschnitte in der Produktionsentwicklung Deutschlands während und nach dem Ersten Weltkrieg, so daß eine relativ störungsfreie Entwicklung Gegenstand der ökonometrischen Forschung ist.

Bei der Untersuchung geht es dem Verfasser um die Schätzung mehrerer produktionstheoretischer Hypothesen und deren kritischen Vergleich. Damit ist auch der Aufbau der Arbeit vorgezeichnet. Nach der Einleitung (1. Kapitel) und der Angabe des statistischen Materials (2. Kapitel) folgt als erste Schätzung die Produktionshypothese der bekannten Cobb-Douglas-Funktion (3. Kapitel), wobei in einer Ergänzung die Exponenten als Variable behandelt werden, so daß trendmäßige Veränderungen der Einkommensverteilung berücksichtigt werden können. Im 4. Kapitel wird stärker auf die neoklassische Wachstumstheorie eingegangen und versucht, die gesamte Wachstumsrate auf die einzelnen Komponenten aufzuteilen, nämlich auf den Anteil des Faktors Arbeit, auf die Substitutionskomponente und auf die Komponente des technischen Fortschritts. Sodann wird in Erweiterung der produktionstheoretischen Hypothesen die Substitutionselastizität geschätzt (5. Kapitel), um anschließend in den folgenden Kapiteln 6 und 7 die CES-Funktion und eine Modifikation mit variablen Skalenraten zu berechnen. Den Abschluß bilden kritische Überlegungen zu den Schätzergebnissen sowie zum technischen Fortschritt (8. und 9. Kapitel).

Als wichtiges Ergebnis seiner Untersuchung zeigt der Verfasser, daß die volkswirtschaftliche Produktionsfunktion in dem betrachteten Zeitraum eine Substitutionselastizität kleiner als eins aufweist und einen technischen Fortschritt, der arbeitssparend im Sinne von *Hicks* ist. Speziell wurde eine Substitutionselastizität von 0,2 nachgewiesen, so daß also eine erheblich starke Krümmung der Isoquante besteht. Als Konsequenz ergibt sich, daß die Cobb-Douglas-Funktion wie aber auch als Spezialfall die Leontief-Funktion ohne Substitutionalität als volkswirtschaftliche Produktionsfunktionen abzulehnen sind. Jedoch folgt später eine distanzierte Haltung des Verfassers zu den Schätzergebnissen, wonach überhaupt wenig Hoffnung auf eine makroökonomische Produktionsfunktion mit konstanten Parametern besteht.

Der Verfasser hat Schätzungen der Parameter verschiedener Produktionsfunktionen vorgeführt und mit sehr viel Mühe versucht, die statistischen Probleme bei den Schätzungen zu erörtern, die Ergebnisse kritisch zu untersuchen und die Implikationen der verschiedenen Ansätze zu diskutieren. Ziel des Verfassers war es, Informationen über den Wachstumsprozeß, über die technologischen Eigenschaften der Produktionsfunktion zu erhalten und nicht lediglich eine statistische Schätzung zu finden, die die Beobachtungen am besten beschreibt. Es bleibt aber die Frage, ob die Schätzung einer volkswirtschaftlichen Produktionsfunktion, die ein Konglomerat heterogener Größen dar-

stellt, deren innere technologische sektorelle Struktur bei einer derartigen Untersuchung nicht aufgebrochen wird, mehr leisten kann als eine bloße statistische Approximation.

Kurt Elsner, Berlin

Siegfried Koller: Neue graphische Tafeln zur Beurteilung statistischer Zahlen. 4. Aufl., Darmstadt 1969. Dietrich Steinkopf. XI, 166 S.

„Graphische Tafeln“, wie sie von Koller erstmals 1940, in dritter Auflage 1953, veröffentlicht wurden, können dazu benutzt werden, die Prüfung statistischer Zahlen mit Testverfahren und die Planung von Stichproben ohne komplizierte Formelrechnung vorzubereiten sowie den Aussagewert resp. den Zufallsbereich empirisch ermittelter Zahlen zuverlässig abzuschätzen. Eine solche „Beurteilung“ von numerischen Ergebnissen statistischer Versuche kann auch anhand mathematisch-formal berechneter Werte erfolgen, die für einzelne Dichtepunkte bzw. Anteile von theoretischen Verteilungen tabelliert vorliegen, wie für die Gaußsche Normalverteilung, die Studentverteilung, die Chi-Quadrat- oder F-Verteilung. Indem die Tafelwerte für jeden Punkt der Dichte- und Verteilungskurven in das Raster von Koordinatenpapieren mit sogenanntem Wahrscheinlichkeitsnetz übertragen wurden, ergeben sich die Signifikanzstufen statistischer Aussagen; anhand der Schnittpunkte der Kurven mit den Skalen für die zu beurteilenden Maßzahlen lässt sich entweder der Zufallsbereich eingrenzen oder über Annahme und Ablehnung einer Hypothese entscheiden.

Koller ist davon überzeugt, daß die Benutzung der graphischen Tafeln für den weniger geübten Praktiker vorteilhafter sei als das Nachschlagen in Tabellenwerken oder der Rechenaufwand, der auch dann zu leisten ist, wenn mit Näherungsformeln gearbeitet wird und wenn komplizierte Rechenmaschinen zur Verfügung stehen. Er räumt ein, daß die erforderliche Sicherheit im graphischen Ablesen nur nach einiger Einübung zu gewinnen ist, und deshalb wurden in der neuen Auflage die technischen Voraussetzungen für die Ablesbarkeit durch Mehrfarbendruck erheblich verbessert. Dennoch muß wohl angemerkt werden, daß nur ein sehtüchtiger Benutzer von dieser Vorkehrung profitieren kann.

Koller widmet sein „Arbeitsbuch“ ausdrücklich dem Praktiker, dem aus der Fülle der Routinemethoden für ein bestimmtes Anwendungsbereich und eine konkrete Fragestellung das jeweils optimale Prüfverfahren verständlich gemacht werden soll.

Obgleich der Autor eine Reihe von Beispielen aus der Wirtschaftsstatistik zu bringen meint, laufen diese sämtlich auf Verfahren der empirisch-naturwissenschaftlichen Forschung hinaus (Gut-Schlecht-Prüfung und messende Prüfung in der industriellen Qualitätskontrolle; ha-Erträge beim Anbau von Kartoffeln, Anzahl der Sterbefälle nach Altersklassen; Stichprobenpläne für Einwohnerbefragungen mit nur

einem Merkmal, Rangkorrelationen bei Umsatzvergleichen in der Marktforschung usw.). Für Prüfungen auf Sicherheit von Korrelations- oder Regressionskoeffizienten, die bei der volkswirtschaftlichen Analyse besonders wichtig sind, erweisen sich die graphischen Tafeln als überfordert, weil es sich bei ökonomischem Datenmaterial stets um vielstellige Zahlenangaben und/oder um klassifizierte Gruppenwerte handelt. Andererseits sind methodisch so interessante Tafeln wie z. B. die zur Varianzanalyse und zu verschiedenen nicht-parametrischen Tests für ökonomische Untersuchungen selten zu nutzen.

Dennoch erscheint mir das Tafelwerk Kollers für die Unterrichtung von Volks- und Betriebswirten als höchst wertvoller deutschsprachiger Beitrag zum methodischen Schrifttum. Denn der Aufbau des Buches ist so gestaltet, daß es auch systematisch durchgearbeitet werden kann, wobei einige unvermeidliche Wiederholungen die Darlegung nicht stören. Die einleitend auf acht Seiten gebotenen Ausführungen über die Grundbegriffe der deskriptiven und der induktiven Statistik erscheinen unter diesem Vorzeichen inhaltlich und didaktisch als ein wahres Kabinettstück! Hervorragend geeignet erscheint mir „der neue Koller“ als begleitendes Textbuch zu irgendeinem Lehrbuch oder Vorlesungsmanuskript über analytisch-statistische Methoden, und zwar wegen der Möglichkeiten des unmittelbaren Nachvollzugs eines jeden Denkschritts anhand der numerischen Beispiele und der graphischen Tafeln. Für Zwecke des Statistikunterrichts scheint es besonders verdienstvoll, daß der Autor in der 4. Auflage von der traditionellen „3-Sigma-Grenze“ (statistische Sicherheit von 99,73 %) abgegangen ist und alle Tafeln auf die international gebräuchlichen Irrtumswahrscheinlichkeiten von 1 % und 5 % umgestellt hat. Ebenso zweckmäßig ist der Übergang auf die in internationalen und deutschen Normblättern gebräuchliche Terminologie und Symbolik. Auch das Schriftumsverzeichnis und ein Sachregister unterstützen die Brauchbarkeit des Buches für Tutorials und Übungen.

Schon die ungewöhnliche Sorgfalt in der Drucklegung und Herstellung dieses Buches mit seinen zahlreichen mathematischen Formeln, mit 27 Abbildungen zur Ablesetechnik und 35 (mehrfarbigen!) Tafeln, auf welche vor einer Inhaltsübersicht mit einer Farbleiste hingewiesen wird, würde den verhältnismäßig hohen Preis für das Tafelwerk rechtfertigen. Ein beigefügtes Ableselineal für die Fluchtlinientafeln und ein strapazierfähiger, für die Praxis besonders zweckmäßiger Einband, mit dem die ebene Lage eines jeden Blattes bei der Ablesung gewährleistet wird, vervollständigen vom Äußeren her den Eindruck, daß der Verleger sich bewußt war, welch bedeutendes Werk er mit dieser Neuauflage anzubieten hat.

Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen-Nürnberg